

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Raik und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Blitz in die Arbeiterwelt' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Komparselle 20 Pfennig, Reklamzeile 5. — Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 25 Pfennig (ausfällig zwei fertige Worte).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 8. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der Reichsrat für den 11. August.

Preußens Antrag trotz bayerischer Gegenmienen und Keudells Ausweichen mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen.

Der Reichsrat hatte am Donnerstag nachmittag einen großen Tag, dessen Bedeutung schon äußerlich darin zum Ausdruck kam, daß die sonst mehr theoretische Öffentlichkeit seiner Sitzungen durch die Anwesenheit etlicher Pressevertreter und Reichstagsabgeordneter auch tatsächlich dokumentiert wurde.

Dieser Antrag Preußens befragt, daß der Reichsrat 1. sich für den 11. August als Nationalfeiertag ausdrückt, 2. daß er eine Beschlusnahme der Beratung der vorliegenden Initiativanträge durch den Reichstag wünscht, so daß schon der kommende 11. August als Nationalfeiertag begangen werden könnte.

Als Berichterstatter des Ausschusses beantragte der sozialdemokratische Ministerialdirektor im preußischen Ministerium des Innern, Dr. Bahl, daß der Reichsrat dem Beschluß seines Ausschusses beitrete.

Gegenstoß der bayerischen Regierung

durch ihren Gesandten u. Proger ein. Dieser stellte sich auf den Standpunkt, daß der Reichsrat erst Stellung nehmen dürfe, nachdem er in der zuständigen Reichstagsausschüsse einen Beschluß gefaßt haben würde, was noch nicht der Fall sei.

Dieser deutliche Sabotageversuch rief sofort den Vertreter Preußens, Staatssekretär Wehmann, auf den Plan, der dem Standpunkt Bayerns energisch widersprach, daß der Reichsrat auf die Entscheidung der Reichstagsausschüsse warten müsse.

Als Vertreter der Provinz Sachsen erwiderte der Oberpräsident, Genosse Hörsing, auf die Ausführungen des bayerischen Vertreters, daß die Frage in der Tat sehr aktuell sei und daß aus politischen Charakter trage. Sie beschäffige im Reich die Gemüter viel mehr, als Erzählung von Proger glaube und es würde nach draußen sehr gut wirken, wenn der Reichsrat offen und klar die Ansicht seiner Mehrheit zum besten gäbe.

Nachdem der Vertreter der Bürgerblockregierung Thüringens selbstverständlich den bayerischen Verbotungsantrag unterstützt hatte mit der Begründung, daß die Regierung Thüringens die Zeit für das Schaffen eines Nationalfeiertages nicht für gekommen erachte, kam es zur ersten Abstimmung, die mit einer schweren moralischen Niederlage Bayerns, d. h. aller Gegner des Nationalfeiertages, endete.

der Verbotungsantrag wurde mit 42 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Es stimmten mit Bayern die Vertreter der Länder Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe sowie die rechtsstehenden Vertreter der preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien und Schleswig-Holstein.

Indessen ließ Herr v. Proger, der offenbar bestimmte Weisungen aus München hatte, den Nationalfeiertag mit allen Mitteln zu bekämpfen, auch nach dieser Niederlage nicht locker und behauptete in einer zweiten Erklärung, daß weite Kreise des deutschen Volkes heute noch den 11. August ablehnen.

Staatssekretär Wehmann animierte sehr energisch, daß ein noch größerer Teil des deutschen Volkes den 11. August als Nationalfeiertag wünsche.

Die Reichsregierungen aller Schattierungen, sogar mit dem Reichspräsidenten Hindenburg an der Spitze, hätten in der Vergangenheit den 11. August offiziell gefeiert.

Einem tiefen Eindruck hinterließ sodann die Erklärung, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Witte-Biesbaden abgab, der die preussische Provinz Hessen-Nassau im Reichsrat vertritt, die zum Teil noch von den Franzosen und Engländern besetzt ist.

lichen Provinzen begrüßen den Antrag Preußens, endlich dem deutschen Volke einen Nationalfeiertag zu schaffen.

Gerade wir in den besetzten Gebieten, die wir Gelegenheiten haben, zu sehen, wie andere Nationen ihre Nationalfeiertage feiern, gerade für uns ist es immer schmerzlich, zu sehen, wie die Franzosen aus ihrem 14. Juli einen wahren Volksfeiertag gemacht haben und wir Deutsche dem bisher nichts gegenüberstellen hatten.

In der Verfassung steht: 'Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen...' Es würde eine nationale Tat sein, trotz der Besetzung zum Ausdruck zu bringen, daß wir einig sind, ein einiges deutsches Volk.

Nicht weniger Aufsehen erregte Johann eine Erklärung, die der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein, Dr. Schifferer, abgab. Dieser durchaus rechtsstehende Volksparteiler, ehemaliger nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, stimmt fast immer mit der Mehrheit und er hatte auch den bayerischen Verbotungsantrag unterstützt.

Endlich ergriff der Reichsminister v. Keudell, der den Vorschlag führte, und sich bis dahin ganz passiv verhalten hatte, das Wort. Seine Erklärung war aber nichts sagend und verwies in der Hauptsache auf seine Stellungnahme im Reichsausschuss des Reichstags.

Die Reichsregierung hatte also wieder einmal eine klare Stellungnahme vermieden. Was sie aber nicht vermeiden konnte, war die moralische Niederlage, die sie bei der darauffolgenden entscheidenden Abstimmung über den preussischen Antrag einstecken mußte.

Für den Antrag stimmten: die preussische Staatsregierung, der Vertreter der Stadt Berlin, die Vertreter der preussischen Provinzen Westpreußen, Grenzmark, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland sowie die Länder Sachsen, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Bremen, Lippe-Deimold, Lübeck und Waldeck.

Auch der letzte Sabotageversuch Bayerns mit dem angeblich verfassungsändernden Charakter des Gesetzes hatte das gleiche Schicksal. Hier stimmte sogar der deutschnationalistische Vertreter Niederschlesiens, der frühere kaiserliche Staatssekretär v. Tschammer, gegen Bayern, dessen Antrag

Im Gesetz zum Schutze der Jugend bei Luftbarkeiten hat der Reichstag bekanntlich eine Reihe von Änderungen vorgenommen, gegen die der Reichsrat Anspruch erhoben hatte.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien.

Der Reichsrat für den 11. August. Preußens Antrag trotz bayerischer Gegenmienen und Keudells Ausweichen mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen.

Die drei letzten Tage.

Endkämpfe im Reichstag.

Der Reichstag hat gestern das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung mit 356 gegen 47 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen. Auch die Sozialdemokraten stimmten in Anerkennung der Verbesserungen — die auf ihre eigene Arbeit zurückzuführen sind — für das Gesetz, dessen Bedeutung noch ausführlich gewürdigt werden soll.

Angenommen werden auch zwei wenig umfangreiche Gesetze, die die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft betreffen. Diese Gesetze sind von großer prinzipieller Bedeutung, zunächst darum, weil sie den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen über den bisherigen Rahmen hinaus auf alle gewerblichen Arbeiterinnen und auf alle weiblichen Angestellten ausdehnen.

Sind diese Gesetze sozialpolitisch von großer Bedeutung, so liegt die Wichtigkeit einer anderen Abstimmung, die gestern vorgenommen wurde, auf außenpolitischem Gebiet. Mit 309 gegen 44 Stimmen bei 8 Enthaltungen wurde das Kriegswaffensteuergesetz angenommen.

Für die Partei der ehemaligen 'nationalen Opposition' war diese Abstimmung das Äußerste an Selbsterniedrigung, das sie sich jemals geleistet hat. Rüge sie es nur wagen, in kommenden Wahlkämpfen über den Mangel nationaler Gesinnung bei anderen zu reden — es wird ihr gedient werden!

Zum Schluß der gestrigen Sitzung gab es über die Gestaltung der Tagesordnung für heute scharfe Auseinandersetzungen. Es handelte sich dabei darum, was in den zwei Arbeitstagen, die sich der Reichstag noch vor den Sommerferien vorgenommen hat, noch erledigt werden soll.

Auch mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Bäckereien hat man es sehr eilig. Man will sie unter allen Umständen noch fertig bringen. Dagegen wurde es nicht beliebt, einen kommunistischen Antrag gegen die Mietpreiserhöhung zum 1. Oktober auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine neue Situation für die Arbeitsdispositionen des Reichstages schafft der Beschluß des Reichsrats über den Nationalfeiertag. Der Rechtsausschuss des Reichstags, der heute vormittag wieder tagt, ist bisher noch zu keinem Ergebnis gekommen.

Der Reichsrat für den 11. August. Preußens Antrag trotz bayerischer Gegenmienen und Keudells Ausweichen mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen.

Reichstag jetzt am Reichsrat ein Beispiel nehmen? Oder soll man das Schauspiel erleben, daß unter der glorreichen Herrschaft des Bürgerblocks die Popularität der eigentlichen Volksvertretung unter die des Reichsrats, der Ländervertretung, herabsinkt?

Der Reichsrat wünscht, daß der 11. August, noch ehe der Reichstag in die Ferien geht, zum Nationalfeiertag erklärt wird. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unterstützt diesen Wunsch auf das allerentschiedenste. Von den Demokraten ist das gleiche zu erwarten. Die Entscheidung steht, wie in so vielen Fällen, auch hier wieder beim Zentrum. Die Parteien der Weimarer Koalition könnten in diesem Falle ohne weiteres die Mehrheit gewinnen, weil sie mit einem geschlossenen Widerstand der anderen Parteien nicht zu rechnen hätten. Hat doch im Reichsrat selbst der rechtsvolksparteiliche Vertreter Schleswig-Holsteins für den preußischen Antrag gestimmt.

Ist im Reichstag ein Festen von einer starken Parteinäherung getragener Wille vorhanden, dann geht es! Andernfalls geht es nicht! Die Entscheidung steht also beim Zentrum. Dabei ist der Beschluß des Reichsrats doch ganz im Sinne der berühmten „Richtlinien“, mit denen der Bürgerblock seine Herrschaft angetreten hat. Achtung vor der Verfassung — darum Feier des Verfassungstages! Achtung vor der Republik und ihren Symbolen — darum schwarzrotgoldene Fahnen heraus am 11. August!

Die Republikaner werden den 11. August feiern — so oder so! Sie werden an diesem Tage des Reichstags und seiner Parteien gedenken. Wie — das hängt jetzt vom Reichstag und seinen Parteien ab.

Sozialdemokratie und Anschlußwille.

Vöswillige Verdächtigungen.

Durch einen Teil der deutschen Presse läuft gegenwärtig ein mit vorgeblichen Zitaten geschmückter Artikel, der nichts Geringeres bezweckt, als den deutschen Lesern einzureden, die Sozialdemokratie Deutsch-Osterreichs beginne von dem Anschlußgedanken abzurücken.

Anlaß zu diesem Vorstoß gegen unsere österreichischen Freunde gab ein Aufsatz des Genossen Otto Bauer im „Kampf“, der die „Wandlungen und Probleme der Anschließpolitik“ behandelte. Bauer wies darin auf das schwankende Verhalten der österreichischen Bourgeoisie hin, die zu der Zeit, als Sozialdemokraten mit Deutschland über den Anschluß verhandelten, ihr in den Rücken fiel, zur Zeit der deutschen Inflation führend auf das Sinken der Mark hinwies, jetzt aber nach der Stabilisierung in Anschluß macht.

Otto Bauer kommt dabei zu dem Resultat, daß nach der gegenwärtigen Machtverteilung — in Frankreich die Herrschaft Poincarés, in Italien der Faschismus — der Anschluß praktisch nicht durchzuführen sei. Dazu sei nötig, daß starke soziale Machtumgruppierungen erfolgen, um die Bahn für den Anschluß freizumachen. Wichtig sei vor allem, daß der Anschlußgedanke wachgehalten werde für alle Zukunft, und daß sich die österreichischen Arbeiter auch deshalb nicht von ihm abwenden, weil jetzt die österreichische Bourgeoisie für den Anschluß schwärme.

Diese in ihrer pessimistischen Beurteilung der Anschließmöglichkeit auch in sozialdemokratischen Kreisen nicht unbestrittene, aber im Aufbau und Wollen überaus klare Darlegung des Genossen Bauer ist nun von dem Wiener Börsenblatt „Neue Freie Presse“ dahing umgefälscht worden, als ob Bauer jetzt den Anschlußgedanken ablehne. Die deutschen Blätter — allen voran die „Täg. Rundschau“ — sind dieser Fälschung mit Wonne ausgefallen. Otto Bauer nimmt deshalb in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ Gelegenheit, die Fälscher zu stäupen. Er schreibt dort u. a.:

„Ich habe geschrieben, daß wir den Anschluß nicht werden durchsetzen können, ehe nicht große Ereignisse eine neue Phase

der Revolution herbeiführen werden. Die „N. Fr. Pr.“ macht daraus, daß wir den Anschluß nicht wünschen, ehe nicht die Revolution durch Europa schreitet.

Ich habe geschrieben: „Wenn heute der Anschluß möglich wäre, so würden wir ihn vollziehen, ohne danach zu fragen, wie das deutsche Straßgesetz aussieht; die faktische Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit wird man überhaupt nicht von dem augenblicklichen Zustand der Rechtsordnung abhängig machen.“ Die „N. Fr. Pr.“ hat trotzdem die Stirn, den Sinn meines Artikels dahin zu verfälschen, das heutige Deutschland sei für mich überhaupt „nicht geeignet, Anschlußobjekt zu sein“, ich werde vielmehr für den Anschluß erst dann sein, „bis irgendein den Sozialisten genehmes Regime in Deutschland zum Vorschein kommt“.

Ich habe meinen Artikel zu dem Zwecke geschrieben, um meine Parteigenossen davor zu warnen, sich durch die Macht der Reaktion im Reich und durch den Mißbrauch des Anschlußgedankens zu reaktionären Zwecken in Oesterreich in dem letzten Willen zum Anschluß irremachen zu lassen. Der ganze Schlußteil meines Artikels warnt vor dieser Gefahr. Die „N. Fr. Pr.“ hat die Unverschämtheit, gerade diesen Artikel als eine Abkehr vom Anschlußgedanken hinzustellen! Ich habe einige Äußerungen sozialdemokratischer Arbeiter, die den Anschluß skeptisch beurteilen, angeführt, um ausführlich gegen sie zu polemisieren; die „N. Fr. Pr.“ stellt diese Äußerungen als meine hin.“

Diese Antwort Bauers ist sehr eindeutig. Von einer Verjagung oder auch nur Abschwächung des sozialdemokratischen Anschlußwillens kann nach diesen Erörterungen nur noch sprechen, wer die Fälschung zur Grundlage einer sogenannten Politik zu machen gewillt ist. Allerdings ist kaum zu erwarten, daß die deutschen Blätter, die der „Neuen Freien Presse“ aufgefressen sind, ihre falschen Angaben nachträglich richtigstellen. Dazu gehörte mehr Ehrlichkeit, als sie besitzen.

Der Zuckerrzoll beschlossen.

Antinationale Politik des Bürgerblocks.

Stimmen, aber nicht argumentieren, das war auch im weiteren Verlauf der Sitzung des handelspolitischen Ausschusses des Reichstags die Parole des Bürgerblocks. Zur Entscheidung stand die wichtige Frage der Erhöhung des Zuckerrzolls und der Ermäßigung der Zuckerversteuer. Von den Regierungsparteien wurde das Wort überhaupt nicht ergriffen. Sie nahmen die Feststellung des Genossen Dr. Herz widerspruchlos hin, daß der Zuckerrzoll die deutsche Verbraucherschaft mit der ungeheuren Summe von 200 Millionen Mark jährlich belastet, und daß die Regierungsparteien ihr im Vorjahr einstimmig und feierlich gegebenes Versprechen auf Senkung des Zuckerrzolls im Interesse der Verbraucher jetzt ganz rücksichtslos brechen. Sie wagten auch nichts dagegen einzuwenden, daß die Hebung des inländischen Zuckerverbrauchs eine bessere Hilfe für die rückwärtigen Landwirtschaft und die Zuckerindustrie sei als das Hochtreiben der Preise im Inland und die Verschleuderung deutschen Zuckers auf dem Weltmarkt. Wie sollte man auch eine so antinationale Politik, die die eigenen Volksgenossen ausbeutet, damit im Ausland Schmuggelkuren betrieben werden kann, rechtfertigen! Kaum jemals ist so deutlich wie in diesem Fall zum Ausdruck gekommen, daß der Bürgerblock ein Volksgenossenschaft ist, und daß die Ausraubung des eigenen Volkes zugunsten der Großgrundbesitzer und der Großkapitalisten sein wichtigstes Ziel ist.

An der Debatte beteiligten sich lediglich der Kommunist Weber und der Demokrat Lemmer. Lemmer unterstützte die Auffassung der Sozialdemokraten. Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unverändert angenommen, so daß der Zollsatz für Zucker vom 1. August ab auf 15 Mark pro Doppelzentner erhöht wird, die Zuckersteuer auf 10,50 Mark pro Doppelzentner ermäßigt. Der sozialdemokratische Antrag, die Dauer des erhöhten Zolls auf ein Jahr zu begrenzen, die Zuckersteuer, wie im Vorjahre verprochen, vollständig zu beseitigen, wurde gegen die Stimmen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt.

Die zweite Lesung der Zollvorlage wird am Freitag erfolgen. Es ist beabsichtigt, in drei Gruppen zu diskutieren und zwar getrennt über Zoll auf Schweinefleisch, über Kartoffelzoll und über Zuckerrzoll und Zuckersteuer. Am Sonnabend soll dann die dritte Lesung erfolgen. Für die sozialdemokratische Fraktion werden am Freitag sprechen die Genossen Hente, Kräbig und Rathilde Wurm, am Sonnabend Genosse Dr. Herz.

Markthändler und Zölle.

Eine bemerkenswerte Entschlieung.

Wie die Stimmung in den Volksmassen wegen der fortschreitenden Teuerung jetzt schon ist, und wie sich der Einzelhandel selbst schon vor der Auswirkung weiterer Preiserhöhungen fürchtet, das zeigt eine Entschlieung, die zwei Händlerverbände der Öffentlichkeit übergeben haben.

Darin erklären die Händler der Berliner Wochenmärkte ihr volles Verständnis für die Notlage der werttätigen Bevölkerung. Sie hätten nicht nur kein Interesse daran, die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel in die Höhe zu treiben, sondern es sei die Pflicht und der Zweck der Wochenmärkte, preisregulierend nach unten zu wirken. Ganz ausdrücklich wird erklärt, daß die Markthändler nicht das geringste Interesse daran haben, daß die Preise für lebensnotwendige Artikel durch Zölle oder gar Zollerhöhungen noch weiter in die Höhe getrieben werden. Sie hätten erkannt, daß sie selbst nur existieren können, wenn die werttätige Bevölkerung so hohe Löhne und Gehälter erhält, daß sie bei den heutigen Preisen sich wenigstens einigermaßen gut und anständig ernähren und kleiden kann.

Den Wochenmarkthändlern ist bange geworden vor den sich häufenden Vorwürfen, die ihnen von den Hausfrauen bei ihren Einkäufen gemacht werden. Besonders stark hat die berechtigte Furcht der Hausfrauen gewirkt, daß die Preise für Kartoffeln, Geflügel und andere für die breite Masse äußerst wichtige Lebensmittel noch steigen sollen, und die Händler fürchten jetzt, daß sich die Empörung über die hohen Preise gegen sie entladen wird.

Währenddem sind die Regierungsparteien bemüht, die neuen Zollvorlagen trotz des Widerspruchs des Reichsrats in den nächsten Tagen bis zur dritten Lesung im Reichstage durchzupressen.

Die Siedlung im Reiche.

Bisher 154 000 Morgen Land aufgekauft.

Der Siedlungsausschuß des Reichstags nahm am Donnerstag einen Gesetzentwurf an, der die Reichsregierung ermächtigt, zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung Bürgerschaften bis zum Gesamtbetrag von 70 Millionen Mark zu übernehmen. Ferner wurde eingehend der Stand der Reichsiedlungaktion besprochen. Aus den Darlegungen der Regierungsvorlage ergab sich, daß von den zur Verfügung stehenden 100 Millionen Mark Reichsmitteln bis jetzt etwas über 40 Millionen zum Ankauf von 154 000 Morgen Land in Anspruch genommen sind. Außerdem sei der 15-Millionen-Fonds, der aus den Uberschüssen der früheren Reichsiedlungsstellen zur Förderung der Siedlung bereitgestellt worden ist, im wesentlichen verbraucht. Die ersten Siedlerstellen würden jetzt ausgewiesen.

Der Fall Holz.

Der Begnadigungsausschuß des Reichstags nahm am Donnerstag den Bericht des Reichsjustizministeriums über den Stand der Affäre Holz entgegen. Danach steht das Untersuchungsverfahren gegen den Bergarbeiter Fricke, der sich bekanntlich selbst der Tötung des Landwirts Hesse bezichtigt, unmittelbar vor dem Abschluß. Die Akten werden dann unverzüglich dem Oberreichsanwalt vorgelegt und dieser wird dann zu prüfen haben, ob das Material genügt, um im Falle Holz das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben. Auf Grund dieser Mitteilung des Vertreters des Reichsjustizministeriums hat der Ausschuß beschlossen, die Prüfung des Oberreichsanwalts abzuwarten, um dann auf Grund dieses Ergebnisses seinerseits zu einer Stellungnahme im Falle Holz zu gelangen.

16 - 10 = 3.

Von Karl Ulrich.

„Das Exempel soll stimmen? Ausgeschlossen! 16 - 10 = 6, nicht mehr und nicht weniger. Jeder Siebenkläpper mag um diese Lausache eine Wette!“

Aber — Bogit ist eben eine schöne Sache und Mathematik nicht minder. Nur manchmal — oder kann man sagen sehr oft? — will die Gleichung nicht stimmen und mag sie auch hunderttausendmal richtig errechnet worden sein.

In einem hiesigen geistigen Feinstoffgeschäft arbeitet eine junge Verkäuferin, ein äußerst regstames gewecktes Mädchen, das sicher allen Kunden zur Freude bedient. Als ich unlängst das Geschäft besuchte, fand ich das Mädchen in niedergeschlagener Stimmung. In einer kurzen Unterhaltung erzählte es mir voll Schmerz, daß die Geschäftseinnahme die Ferien verfürzt habe, und zwar erhalte es künftig statt 16 Tage — 10 Tage weniger.

Keine Empörung, nur tiefste Traurigkeit sprach aus den Worten des Mädchens, eine Traurigkeit, die mich erschütterte.

Seit Jahren kenne ich das Mädchen. Es gehört jener neuen Jugend an, die in glücklicher Erkenntnis vor den Großstadthäusern die Natur entdeckt hat, und die an jedem Sonntagabend von froher Fahrt in Alltag und Arbeit zurückkehrt.

16 Tage Ferienzeit! — In dankbarem Genügen hat sie das Mädchen jedes Jahr empfangen und gelebt. So gelebt, daß die neugewonnene Kraft zu doppelten Leistungen drängte und die Helle der freien Wandertage auch die trübsten Stunden überschimmerte und als ein belebender Song in die Monotonie mancher öden Arbeitstage klang.

Und nun auf einmal diese ungerechtfertigte, brutale Verkürzung der Tage.

„Wie habe ich zur Reichsgesundheitswoche im vergangenen Jahre gearbeitet. Ohne Rücksicht auf Kraft und Nerven habe ich mich für die Werbung eingesetzt, unsere Fenster dekoriert. Ich hätte für ein eigenes Geschäft nicht interessiert und gründlicher tätig sein können.“

Wie greller Hahn klingen mir die Worte des Mädchens nach. Und war das Mädchen nicht empört, sondern nur unfähig traurig, so bin ich es jetzt um so mehr.

Reichsgesundheitswoche, Muttertage, Krüppeltage — Rummel! Nichts als Rummel, mitbetrieben von eben jenen, die um ihres beschränkten egoistischen Gewinnstrebens willen Arbeitskräfte ausbeuten, um sie im geeigneten Augenblick durch neue zu ersetzen, dabei aber nicht bemerken, daß auch ihre Rechnung nicht aufgeht, wie jede unverständig zerstörte Arbeitskraft schließlich auch einen Verlust an Volkskraft bedeutet.

Doch welches Ergebnis diese wirtschaftlich unkluge und menschlich rohe Verkürzung der Ferienzeit in letzter Uebertragung für den einzelnen Geschäftsmann wie für die nationale Wirtschaft auch haben mag, für das Mädchen ist die Rechnung klar. Man glaubt ihm 10 Tage zu nehmen und nimmt ihm in Wirklichkeit noch viel mehr. Jahn freie, erlebnisreiche, unvergänglich schöne Wandertage zählen höher.

Und so stimmt es eben doch: 16 - 10 = 3. Vielleicht ist die Ergebniszahl sogar noch niedriger. Vielleicht — ach, es ist so bitter, dieses Rechnen. . . .

Die künstlerische Einstellung von Käthe Kollwitz.

Anlaßlich des 60. Geburtstages von Käthe Kollwitz veranfaßte Louise Dietz ein Büchlein „Käthe Kollwitz: Ein Ruf an die Kunst“ (Kultur-Verlag, Berlin). Wir entnehmen der Schrift mit Erlaubnis des Verfassers die nachfolgenden Ausführungen:

Eine Verschönerungs-Diätin ist Käthe Kollwitz nicht. Ihr unbestechlicher Blick gelattet keine Abwechslung, Wäderung. Ihr Gefühl ist überwältigend wahr und klar. Sie tritt ihm nie mit Eigenwillen entgegen. Was nicht zu ihrem Künstlerauge spricht, lehnt sie kategorisch ab. Nur was sie frei, rücksichtslos schaffen darf, weckt ihr Interesse.

Vielleicht muß der Lausache, daß sie nie Porträts arbeitete, gedacht werden. Menschen, die sich porträtieren lassen, wollen — wenn auch nicht geschmeigelt und gebügelt — so doch irgendwie ansprechend wiedergegeben werden, so daß ihr Ich-Blick das Bild sympathisch umfaßt.

Zu „Porträts“ als solchen hat also unsere Künstlerin keine Einstellung, wohl aber zur Wiedergabe starken Persönlichkeitsausdrucks. Die Gestalt, die Bewegung des Körpers, das elementare Lebenswörter der Gesamtscheinung — ein Arm, der sich emporet oder abwehrt, eine Stirn, die sich sorgenvoll beugt — Kollwitz wirft sie naturhaft aufs Papier.

„Warum ich immer den dritten oder eigentlich sogar den vierten Stand wiedergebe? Ja, weil der Mittelstand, wenn er wohlhabend, langweilig ist. Die Frauen des Volkes haben andere Gesichter, eine andere Art, sich zu bewegen — man kann ihnen mehr auf den Leib schauen, sie drücken sich besser aus. Eine solche Frau aus dem Volke, die ihr Kind auf dem Arm trägt, ist interessanter wie eine Bürgerfrau neben Kindertagen und Sonne. Der gutangezogene Bürger interessiert mich nicht.“ So lautet etwa die Antwort von Käthe Kollwitz auf die Frage nach dem „Warum“. Sie schallt alle Gefühlsmomente aus, spricht nur als Künstler. Es gilt, sich dies immer wieder zu vergegenwärtigen, um nicht allüberall nur und ausschließlich Affekte zu suchen. In eigentümlicher Parallele laufen warmes Gefühl und nüchternes Schauen — sie selbst wird diese Zweiteilung weder analysieren können noch wollen.

Am 60. Geburtstag von Käthe Kollwitz hat der Sozialistische Kultur- und der Künstlerbund eine Kollwitz-Ausstellung in Berlin veranstaltet. Die Ausstellung ist mit der Aufschrift: „Der Trösterin und Kämpferin zum 8. Juli 1927“.

Erklärung.

„Was hat nur das Bürgerblockministerium gegen die Feier des Verfassungstages?“

„Das ist doch klar: Wir haben elf Reichsminister; da muß es doch jeder als persönliche Anzüglichkeit betrachten, wenn just der erste August gefeiert wird!“ W. v. L.

Kreuzung gegen das Bogen. In England, dem klassischen Lande des Boxkampfes, haben führende Vertreter der englischen Literatur zu einem Kreuzzug gegen das Bogen aufgerufen. Anlaß bot der Boxkampf um die Weltmeisterschaft im Mittelgewicht zwischen Mike Walker und Willigan. Den Vorstoß eröffnet der Rektor der englischen Romanistik Sir Hall Caine, der in einer Zuschrift an den „Daily Express“ es als die vornehmste Aufgabe gerade der englischen Öffentlichkeit bezeichnet, die Ausschüß der Presseberichterstattung über Boxveranstaltungen zu bekämpfen. England, von dem der Boxsport ausgegangen sei, müsse dafür sorgen, an der Spitze derjenigen Kulturländer zu stehen, die die Beseitigung des Boxsports im ganzen als einen Ausbruch blutiger Barbarei sich einlegen.

Eine Schauspielerplakette der Künstler. Die Bereinigung der Pariser Theaterkritik hat beschlossen, eine Plakette zu stiften, die jährlich dem besten Schauspieler und der besten Schauspielerin verliehen werden soll. Die französischen Kritiker schlugen damit dem Beispiel der Kritiker der New Yorker Tageszeitungen, die seit einigen Jahren eine entsprechende goldene Medaille an die Schauspieler verteilen. Von den Berliner Theaterkritikern heißt es, daß ihre Meinungen voneinander zu stark abweichend, als daß eine gemeinsame Preisverteilung zustandekommen könnte.

Pseudonyme. Bekanntlich schreibt eine Anzahl Schriftsteller unter Pseudonym. Ebenso gebrauchen Schauspieler und Theaterdirektoren gern andere Namen als ihren eigenen Vaternamen. Nachfolgend seien einige unserer bekanntesten Pseudonyme entrollt. Zuert ist der wirkliche Name genannt, dann, in Klammern, das Pseudonym. Dr. Kurt Tucholski (Theobald Tiger, Janas Wrobel, Peter Panther); Rosa Solentia (Rosa Balletti); Fritz Müllen (Adeamus); Biedermann (Felix Dörmann); Spilber (Rudolf Vohrer); Eduard Schmidt (Kosimir Schmidt); Fritz Schmenger (Peter Scher); Jaacobsen (Eugen Isolan); Weindöppel (Hannes Ruch); Wengeln (Rudolf Reifon); Gebr. Schach (Gebr. Rottler); Irmgard v. Günther (Wogün); Alfred Hentische (Klabund).

Zum Koffer der Kölner Universität für das neue Studienjahr wurde der Universitätsprofessor Dr. Walz von der wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultät gewählt.

Ueber das Recht der nationalen Minderheiten erklärt die Deutsche Akademie in München (München) ein Preisaus schreiben. Es sollen die Fragen der auslandsdeutschen Minderheiten und auch die alten und neuen übrigen Minderheitenprobleme erörtert werden. Der Preis beträgt 5000 M. Abgabetermin ist der 1. Mai 1929. Zu den gleichen Bedingungen wird ein Preisaus schreiben erlassen über „Danzig und die deutsche Nation“.

Bürgerblock und Religionsunterricht.

Kirchliche Aufsicht geplant.

Ein Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 149 der Reichsverfassung (Religionsunterricht) wird, wie der SPD hört, vorbereitet und soll gemeinsam mit dem Reichsschulgesetzentwurf noch im Herbst den Reichstag beschäftigen. Die Vorlage wird auf Wunsch der Regierungsparteien vorbereitet.

Das Gesetz wird die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes regeln und schreibt vor, daß Personen, die diese Aufsicht ausüben, vom Staate im Benehmen mit den Kirchen ernannt werden. Diese Aufsichtspersonen müssen staatliche Schulaufsichtsbeamte sein und dem Religionsbekenntnis der ihnen anvertrauten Schulen angehören.

Zu den Beratungen über das Reichsschulgesetz im Reichstabinett erzählt der SPD noch folgende Einzelheiten: Parallel mit den Beratungen des Reichstabinetts gehen die Besprechungen zwischen den Regierungsparteien. Ueber die Frage, „was ein geordneter Schulbetrieb ist“, sucht man eine Kompromißlösung, etwa in der Form, daß der Ausbau der Schule nicht verschlechtert werden soll gegenüber dem Stand an einem Stichtag. Als Stichtag ist der 1. April 1927 in Vorschlag gebracht worden.

Die Entscheidung, ob die jetzigen Schulen als Bekenntnis- oder als Gemeinschaftsschulen anzusehen sind, wird den Ländern überlassen.

Was den Unterricht in den Bekenntnisschulen betrifft, so will man infolge volksparteilicher Widerstände „vom Geiste des Bekenntnisses“ Abstand nehmen und dafür die Vorschläge geben, daß der Unterricht nach „der Eigenart dieser Schulen“ erteilt werden muß.

Der Bürgerblocketat.

Die Sozialdemokraten lehnen ihn ab.

Dresden, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags, der letzten Sitzung vor den Ferien, wurde der Etat gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten angenommen. Genosse Böckel gab im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der die Ablehnung des Etats mit seiner reaktionären Gestaltung und dem Mißtrauen begründet wird, das die Sozialdemokraten der Bürgerblockregierung entgegenbringen.

„Es lebe der Krieg“!

Endgültiger Freispruch im Fall Bruno Vogel.

Dresden, 7. Juli. (Eig. Drahtber.) In dem Leipziger Verlag „Die Wölfe“ erschien Ende 1924 das von Bruno Vogel verfaßte Buch „Es lebe der Krieg“. Es trug ausgesprochen kriegsgegnerschaftlichen Charakter und brachte in mehreren Abschnitten auf erschütternde Weise teils Schlichterliches, teils Schilderungen von Erlebnissen anderer Kriegsteilnehmer. Das Buch wurde, obwohl es als Kunstwert anzusehen war, 1925 beschlagnahmt. Vogel, sein Verleger Arthur Wolf und dessen Schwager und Erpedient Bauerfeld sowie der Illustrator des Buches, der Kunstmaler Berlin, kamen wegen angeblicher Herabsetzung und Verbreitung unzüchtiger Schriften sowie wegen Gotteslästerung vor das Leipziger Schöffengericht. Für Wolf und Bauerfeld lautete die Anklage nach auf Pressevergehen, das in der angeklagten nach der Beschlagnahme noch erfolglos weiterverbreitung des Buches gesehen wurde. Das Urteil erging im Januar 1926 und lautete bei Vogel auf 300 Mark, bei Wolf auf 600 Mark und bei Bauerfeld auf 160 Mark Geldstrafe; Wolf und Bauerfeld erhielten ferner noch eine Strafe wegen Pressevergehens und Beihilfe hierzu von 400 bzw. 100 Mark.

Das Urteil wurde angefochten. Berufungsinstanz war das Leipziger Landgericht. Für die Verhandlung, die Ende Mai 1926 stattfand, hatte die Verteidigung mehrere prominente Sachverständige, besonders aus literarischen Kreisen, geladen, die das Buch als nicht unzüchtig bezeichneten, ihm vielmehr Kunstwert beimessen. Das Gericht erkannte für Vogel und Berlin auf Freispruch. Beurteilt wurden wegen Pressevergehens Wolf und Bauerfeld zu 200 bzw. 80 Mark Geldstrafe. Der Freispruch erfolgte im wesentlichen aus subjektiven Gründen. Das Gericht nahm nicht als erwiesen an, daß die Angeklagten das Bewußtsein der Verbreitung unzüchtiger Schriften gehabt hätten.

Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und das gleiche tat die beiden wegen Pressevergehens Beurteilten. Das Reichsgericht sollte dann am 11. Januar 1927 die sehr seitliche Entscheidung infolgedessen, als es der Meinung Ausdruck gab, auch Kunstwert könnten unzüchtig sein. Es gab auch zu bedenken auf, ob die Angeklagten nicht doch erkannt haben könnten, daß das Buch das soziale Sitlichkeitsgefühl verletze. — Eine nochmalige Entscheidung hatte das Landgericht Dresden zu treffen. Hier wurde die Sache am 7. Juli nochmals verhandelt. Vogel und Berlin waren durch Rechtsanwalt Rosenfeld (Berlin) verteidigt und wurden wiederum freigesprochen. Wolf und Bauerfeld erhielten abermals wegen Pressevergehens 400 bzw. 100 Mark Geldstrafe. Das inkriminierte Buch geht auch dem Dresdener Gericht als unzüchtig und die Freisprüche erfolgten wiederum aus subjektiven Gründen.

Der Schattendorfer Mordprozeß.

Widersprechende Zeugenaussagen.

Wien, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Schattendorfer Prozeß wurden etwa zwanzig Zeugen vernommen, meist Frontkämpfer und Verwandte der Angeklagten. Sie behaupten größtenteils, Waffen in den Händen der Schutzbündler gesehen zu haben. Einige wollten auch bemerkt haben, wie die Schutzbündler Schüsse abgegeben haben. Jedoch weichen die Angaben der Zeugen sehr stark voneinander ab. Ein Knabe sagte aus, daß er ganz deutlich gesehen hat, wie einer der beiden Angeklagten zum Fenster hinausgeschossen hat und dabei das Gewehr nach unten auf die Schutzbündler richtete.

Der Privatbeteiligungsvertreter beantragt die Ladung des Bandenführers des Burgenlandes sowie seines Stellvertreters. Die beiden sollen ausfragen, daß die Frontkämpfer das Uebernehmen der beiden großen Parteien, im Burgenland keine Selbstschutzorganisation zu gründen, gebrochen haben. Er stellte auch unter Beweis, daß die Frontkämpfer eine große Zahl von Ueberfällen verübt haben, darunter auch einen auf das Bezirksgericht, in dem nach der Schattendorfer Mordtat die verhafteten Frontkämpfer verwahrt worden waren. Das Zeugenerhör wird Freitag fortgesetzt werden.

Wegen der Reichswehrgeheimnisse des belgischen Kriegaministers hat sich das Auswärtige Amt nach Brüssel gewandt, um die Angelegenheit aufzuklären.

Die „Hamburg“ und der „Vorwärts“

„Im Namen des Königs, — Verzeihung — im Namen des Volkes“: 1500 M. Geldstrafe.

Dem Vorsitzenden, Landgerichtsrat Samraih, ist ein Malheur passiert. Er hat sich bei der Verkündung des Urteils in der Eingangsfornel versprochen.

Statt „im Namen des Volkes“ sagte er: „Im Namen des Königs“.

Bei diesem Prozeß mit seinem unzweifelhaften politischen Hintergrund, wo es sich darum handelte, die republikanische Bestimmung der ehemaligen L. L. Marineoffiziere gegen Verdächtigungen zu schützen, erhält dies Versprechen eine tiefere Bedeutung.

Wiß „im Namen des Königs, — Verzeihung — im Namen des Volkes“ wurde folgendes Urteil verkündet:

Die Berufung der Angeklagten Reuter wird verworfen, der Berufung der Staatsanwaltschaft wird insofern stattgegeben, als die Geldstrafe von 500 M. auf 1500 M. erhöht wird, im Nichtbefolgungsfalle tritt auf je 100 M. ein Tag Gefängnis. Dem Chef der Marine wird die Befugnis zugesprochen, im Laufe von sechs Wochen nach Inkrafttreten des Urteils, es im „Vorwärts“ und in der „Morgenpost“ zu veröffentlichen. Die Unbrauchbarmachung der Plakate wird bestätigt. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

In der Urteilsbegründung hieß es u. a.: Es war zu prüfen, ob der Angeklagte entsprechend dem Antrag des Chefs der Marine aus den §§ 185, 186 des Strafgesetzbuches zu verurteilen war. Es ist festgestellt worden, daß in beiden Artikeln Laßnahmen behauptet worden sind, die geeignet waren, die Offiziere verächtlich zu machen. Der Angeklagte hat versucht, den Wahrheitsbeweis zu führen; er ist ihm abgeschnitten worden, da der daraufgehende Antrag als Beweisermittlungsantrag anzusehen war. Das Gericht konnte nur die Aufgabe haben, festzustellen, daß die behaupteten Tatsachen nicht wahr sind. Es war aber nicht bezeugt, festzustellen, daß die Tatsachen wahr sind. Es ist festgestellt worden, daß gegen den Kapitän und die Offiziere behauptete Tatsachen ausgesprochen worden sind, und daß der zweite Artikel formale Beleidigungen enthält. Bei dem Strafmaß war zu berücksichtigen, daß der Angeklagte im guten Glauben gehandelt hat, andererseits aber hat dieser gute Glaube auf schwachen Füßen gestanden, da der Brief einfach aus einer babylonischen Zeitung übernommen worden war, ohne daß der Versuch gemacht worden wäre, die dort aufgestellten Behauptungen nachzuprüfen. In Anbetracht der Schwere der Beleidigung und der Vermögensverhältnisse des Angeklagten mußte die Strafe auf 1500 M. festgesetzt werden.

Sowohl die Urteilsbegründung, inwiefern aber hatte Kapitän Groß durch seine Aussage den Beweis dafür erbracht, daß die behaupteten Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechen haben?

Kapitän Groß, Kommandant des Kreuzers „Hamburg“, erklärte, daß er und seine Offiziere höchst bestürzt gewesen seien, als sie den Artikel des „Vorwärts“ zu Gesicht bekommen haben. Sie hätten sich im Auslande stets als Vertreter dieses Staates und der jetzigen Reichsmarine betrachtet und mußten deshalb die Behauptungen des „Vorwärts“ als Vertumnungen empfinden. Er habe stets seine Offiziere ermahnt, alle etwaigen Streitigkeiten human zu sehen und dem Ausland gegenüber nur die Interessen des deutschen Staates zu vertreten. Es sei aus dem ganzen Milieu heraus beim Empfang in San Francisco unmöglich gewesen, daß Offiziere während der Rede des Bürgermeisters demonstrierend gehandelt hätten. Das wäre auch ihm unangenehm gewesen. Desgleichen hätte auch unmöglich der Vorfall sich abgespielt haben können, laut dem ein Offizier sich in Bezug auf die schwarzeopalene Schleife von Dresden gesprochen haben sollte. Von diesem Vorfall wäre ihm ohne weiteres gemeldet worden. (?) Aber selbst bei den dienstlich eingeforderten Meldungen sei ihm von seinem Offizier oder Redakten von einem ähnlichen Vorfall mitgeteilt worden. Kapitän Groß wiederholte immer wieder, daß er und seine Offiziere über die behaupteten Tatsachen bestürzt gewesen seien, und daß man sich auch in Amerika gewundert habe, daß das vorläufige Verhalten seiner Offiziere in dieser Weise in Deutschland glosiert worden sei.

Nicht ganz so angenehm gestaltete sich dagegen für den Kapitän Groß die Vernehmung durch Genossen R. A. Landsberg. Dieser knüpfte an das Wort des Zeugen vom Milieu an und richtete an ihn die Frage, ob es ihm bekannt sei, daß bei den Marineoffizieren eine starke Abneigung gegen die Reichsarmeen bestehe.

Kapitän Groß meinte dazu, daß es zu weit führen würde, auf diese Frage einzugehen, daß aber unter seinen Offizieren eine derartige Abneigung nicht bestehe.

R. A. Landsberg: Können Sie behaupten, daß dahingehende Äußerungen nie unter Ihren Offizieren geäußert seien?

Kapitän Groß findet auf diese präzise Frage keine ebenso präzise Antwort. Er meint, daß diese Frage eigentlich nicht zur Sache gehöre. (?)

Der Vorsitzende eilt ihm zu Hilfe und fragt nach dem Umfange seiner Aussagegenehmigung.

Kapitän Groß erklärt, daß er volle Aussagefreiheit erhalten habe.

R. A. Landsberg: Wenn Sie früher sagten, daß ein demonstratives Husten aus dem Milieu heraus unmöglich gewesen sei, so ist das unverständlich.

Zeuge: Ich meinte das Milieu des Festaktes, wo wir als Deutsche der amerikanischen Nation gegenüberstanden.

R. A. Landsberg: Aber auch ein solches Milieu kann verschiedene Reaktionen, je nach der politischen Einstellung, verursachen.

Wollen Sie auf meine Frage antworten, ob eine Abneigung gegen die Reichsarmeen unter den Offizieren bestand?

Zeuge: Ich beantworte die Frage nur, insofern sie sich auf San Francisco bezieht. (?)

R. A. Landsberg: Also, Sie verweigern die Aussage.

Zeuge: Auf meinem Kreuzer ist mir nichts dergleichen bekannt geworden. Im übrigen ist es Ihnen ebenso bekannt wie mir.

R. A. Landsberg: Ich habe Sie gefragt, ob unter Ihren Offizieren Abneigung gegen die Reichsarmeen bestanden hat.

Zeuge: Ich lehne die Antwort ab.

Der von R. A. Landsberg beantragte Gerichtsbescheid wird indes nicht herbeigeführt, weil der Staatsanwalt sich vermittelnd ins Zeug legt und von Kapitän Groß schließlich eine Antwort erteilt wird, die mehr oder weniger befriedigt.

R. A. Landsberg: Sie sagten früher, daß es ausgeschlossen sei, daß Offiziere Ihnen eine Mitteilung hätten zukommen lassen. Wissen Sie aber nicht, daß zwischen der Erklärung des Reichswehrministers über das auf Ihrem Kreuzer an amerikanischen Bürger verkaufte Plakaten und den Ihnen zugegangenen Meldungen ein klaffender Widerspruch bestand? Der Zeuge erklärt, daß die ihm zugegangenen Meldungen nicht von einem Offizier, sondern vom Schiffsmatrosen stammen und der Wahrheit entsprechen hätten.

Staatsanwalt und Vorsitzender versuchen nun, durch eine Frage an den Zeugen festzustellen, daß er davon überzeugt sei, daß seine Offiziere sich etwas dergleichen, wie ihm vom Briefschreiber vorgeworfen war, unmöglich hätten zuschreiben können lassen. R. A. Landsberg beanstandet diese Fragestellung.

Redakteur Schiff bestätigte als Zeuge, daß der zweite Artikel von ihm verfaßt worden sei und daß Genosse Reuter den Artikel nicht rechtzeitig gesehen haben könne, da er in die Redaktion gekommen sei, als die in Frage kommende Seite sich bereits in der Stereotypie befunden habe.

Staatsanwalt und Vorsitzender glaubten feststellen zu müssen, daß selbst in diesem Zeitpunkt noch eine Veränderung hätte vorgenommen werden können, und daß schließlich in der Zeitung mit einer Lücke (II), wie es auch gelegentlich in früheren Jahren der Fall gewesen ist, hätte erscheinen können. (Heiterkeit.)

Der Staatsanwalt behauptete auch in seinem Plädoyer, daß dies möglich gewesen wäre, und kommt im übrigen zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte sowohl aus § 185 als auch aus § 186 zu verurteilen sei. Zum Schluß hielt er es für erforderlich, dem „Vorwärts“ Belehrungen über politische Aufgaben der großen Presse zu erteilen. Der „Vorwärts“ dürfe nicht seine Aufgabe darin sehen, die politische Atmosphäre noch mehr zu veräffeln; er hätte dafür zu sorgen, daß die vergiftete Atmosphäre sich entspanne. Man kann nicht, wie dies das erste Urteil getan habe, augenblicklich den Angeklagten eine allgemeine Verurteilung des politischen Kampfes anführen. Die Aufgabe der großen Presse sei nicht vorhergehen, verstimmen, eine Kluft gegen die andere anzuhäufen, sondern Frieden zu stiften. Deshalb beantrage er zwei Monate Gefängnis, die in eine Geldstrafe in Höhe von 2000 M. umzuwandeln sei.

R. A. Landsberg rügte es, daß der Vertreter der Anklage sich in keiner Weise in die Lage des Redakteurs hineinversetzen moße, der mit Empörung von dem Inhalt des aus der babylonischen Zeitung übernommenen Briefes Notiz nehmen mußte. Die hier wiedergegebenen Tatsachen mußten ihm glaubhaft erscheinen. Für deren Möglichkeit sprach eine lange Kette von Tatsachen. Die Republik sei stark genug, um keine Bestimmungsschwäche unter den Beamten zu treiben. Anders sehe es aber mit der Wehrmacht. Es sei das Recht der Republik, zu verlangen, daß Männer, die berufen sind, sie nötigenfalls mit der Waffe zu verteidigen, ihr auch mit dem Herzen ergeben seien. Das erfordere der Selbsthaltungstrieb. Was es in Wirklichkeit damit liege, beweist allein schon die Tatsache, daß die rechtsradikalen Verbände bei der Aufstellung des Reichswehrlagers mitwirkten. Davon sprach auch die andere Tatsache, daß die Offiziere es ruhig duden, wenn ihre Mannschaften bei der Heimkehr von Feldzügen das berühmte Ehrhardt-Lied singen. Es sei hier gefragt worden, welches Interesse die Deffenlichkeit an dem Briefe haben konnte. Es sei im Interesse der Deffenlichkeit dahin zu wirken, daß Zustände entstehen, bei denen die Sicherheit der Republik nicht gefährdet werde. Der Angeklagte habe nur in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch erhalte auch die Wahrnehmung öffentlicher berechtigter Interessen an; es fordere nur die pflichtgemäße Erwägung, welche Interessen überwiegen. In diesem Falle seien aber die öffentlichen Interessen wichtiger gewesen als die der Offiziere, die sich beleidigt fühlten. Für den zweiten Artikel könne überdies der Angeklagte die pressegesetzliche Verantwortung nicht tragen. Die Verteidigung müsse aber auch hinsichtlich des ersten Artikels Freispruch beantragen. Denn wenn sich das, was in dem Brief behauptet wurde, zugezogen haben sollte, so könne kein Ausdruck scharf genug sein, um dieses Benehmen zu charakterisieren. Auch nach Ansicht des Staatsanwalts wäre es dann als schmähliche Charakterlosigkeit zu bezeichnen gewesen. Das Gericht habe die Beweishebung nicht zugelassen. Das sei zu bedauern. Denn wäre es in der Gerichtsverhandlung erwiesen worden, daß die Behauptungen nicht zu Recht aufgestellt worden seien, so hätte der Angeklagte Charakter genug besessen, um eine Ehrenklärung abzugeben. Diese Erklärung hätte aber dem Ansehen der Marine in höherem Maße genützt, als ein noch so scharfes Urteil. Das Gericht hat aber, wie aus dem Urteil hervorgeht, es vorgezogen, die Geldstrafe zu erhöhen, anstatt die Beweisnahme zuzulassen.

Amerikas Ringen mit England.

Kampf um die gleiche Wachtstellung.

Washington, 7. Juli. (Eig.) Der Präsident des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses sandte dem Delegierten bei der Dreimächtekonferenz in Genf, Admiral Jones, folgendes Telegramm: „Die Aufrechterhaltung des bei der Washingtoner Konferenz festgelegten Grundplanes der gleichen Flottenstärke ist von vitaler Bedeutung für die Sache des Friedens und stellt die einzig praktische Form der Abrüstung dar. Es ist seltsam, daß in dieser Beziehung auf der Genfer Konferenz irgendwelche Einwände erhoben werden können.“

Der Druck der amerikanischen Deffenlichkeit, eine Gleichstellung mit England in Bezug auf Kreuzer und U-Boote zu erzwingen, wird immer größer.

Wider die Bündnispolitik.

Unterhausantrag der Arbeiterpartei.

London, 7. Juli. (TU.) Die Arbeiterpartei hat einen Antrag gegen die Politik der Gruppierungen eingebracht. Es heißt darin: Das Unterhaus betrachtet mit Beunruhigung die Entwicklung gruppenweiser Bündnisse, die zu einer wachsenden Spannung zwischen den Nationen Europas führen. Das Unterhaus ist davon überzeugt, daß der Friede nur auf einer dauernden Basis gesichert werden kann, durch eine endgültige und offene Politik der Verständigung und des Respektes vor den nationalen Rechten. Das Haus fordert die

Regierung auf, geheime und gruppenweise Abmachungen aufzugeben, die nur zur Eitelkeit und zum Uergnügen führen. Für Erlangung dieser Ziele müßten die Rüstungen eingeschränkt und die internationalen Konflikte auf schiedsgerichtlichem Wege gelöst werden.

Die Radikalsozialen und der Bürgerblock.

Sie gehen nicht zu Tardieu.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Kleinen Kongreß der Radikalsozialen antwortete der Vorsitzende Sarrau auf Tardieus Landtagsrede. Er lehnte den Gedanken eines Bürgerblocks ab. Die Radikalsozialen hätten eine ganz andere Sozialpolitik, ebenso sei ihre Haltung gegenüber den Staatsmonopolen und dem Sozialismus von Tardieu völlig verschieden.

In der französischen Kammer tobt seit gestern nachmittag ein verheerender Kampf um die Wahlreform. In später Abendstunden beschloß die Linksmehrheit die Abhaltung einer Konferenz, um wenigstens den Art. 1 des Gesetzentwurfs zur Annahme zu bringen.

Neuer Korruptionsfall in Polen. Zwei Direktoren der halbstaatlichen Landwirtschaftsbank sind auf Ersuchen der außerordentlichen staatlichen Kommission zur Bekämpfung von Mißbräuchen von ihren Ämtern suspendiert worden. Gleichzeitig wurde gegen sie ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, „weil sie durch ihre Amtstätigkeit dem Staatsschatz ernstlichen Schaden zugefügt haben“.

Der Ueberfall des Bürgerblocks.

Auf die Arbeitszeit und Sonntagsruhe der Bäcker.

Vorgestern und gestern haben die Bürgerblöcker im Rechten Ausschuss des Reichstags (Sozialpolitische Angelegenheiten) mit größter Rücksichtslosigkeit gegen die Linke, namentlich gegen die Sozialdemokratie, die Durchpeitschung des völlig unreifen und unvorbereiteten Antrages der gelben Bäckermeister Biener und Rieseberg durchgedrückt.

Die Herrschaften hatten es sehr eilig, ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Unternehmervertreter der Rechtsparteien haben sich durch Versprechungen

gegenüber den Scharmachern vom Badtrog festgelegt.

Am Mittwoch verfiel der Antrag zum Aerger des wutschnaubenden Rieseberg, der der Sorge Ausdruck gab, daß die Beute von den Ferien nun nicht mehr eingeholmt werden könnte, der Beratung. Donnerstag wurde der Antrag als einziger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Zum Erstaunen der Linken erschien der Antrag jetzt etwas abgeschwächt. Man hat sich scheinbar geschämt, in den wahrhaftig zwangsläufig intensiver arbeitenden Bäcker- und Konditorei-„Arbeitsbereitschaft“ zu konstruieren. Jetzt will man statt 60 Stunden „nur“ 56 Stunden Wochenhöchstleistungszeit ohne tägliche Begrenzung zulassen. Den Begriff „Arbeitsbereitschaft“ soll der Reichsarbeitsminister „im Benehmen“ mit den Gewerkschaften feststellen.

Die Sonntagsarbeit zugunsten der wohlhabenden Bäckermäuler soll jedoch

mit Hilfe des Zentrums

den Bäcker- und Konditorgehilfen aufzuzwingen werden. Du sollst den Feiertag heiligen. . . . Sechs Tage sollst du arbeiten — wenn niemand Appetit auf Schlagsahne hat. Heute, Freitag, soll dieses arbeitserfindliche Nachwert

bereits das Plenum des Reichstags passieren. Was werden die Folgen sein?

Die Arbeitslosen werden um die paar Aushilfsarbeiten am Freitag und Sonnabend gebracht. Sieben-tägige Arbeit in der Woche wird in den Kleinbetrieben, die nicht einmal Betriebsvertretungen haben, für alle Beschäftigten zum Gesetz erhoben. Jede Kontrolle wird zur Unmöglichkeit.

Arbeitszeiten ohne Ende, wie vor mehr als dreißig Jahren, sollen vom Reichstag der Republik zugelassen werden. Alle Bäckereien werden plötzlich „leichtverderbliche Waren“ herstellen und

jeden Sonntag arbeiten,

d. h. verbotene Waren backen lassen.

Dadurch wird für die Konditoreien der erwartete Gewinn ausbleiben. Der ganze Erfolg wird sein, daß die Arbeiter und natürlich auch die Familienangehörigen der Bäckermeister um ihre Sonntagsruhe betrogen sind. Im Zeichen des Wochenendes!

Außerdem wird die Sklaverei des Kost- und Logiszwanges und in natürlicher Folge auch

die Nacharbeit wieder eingeschleppt.

Kaiserliche Minister, wie Böttcher und Berlepich würden, wenn sie noch auf der Regierungsbank saßen, sich mit größter Entrüstung gegen ein solches Gesetz wenden.

Unsere Genossen haben alle Bewässerungsanträge der bürgerlichen Parteien genau so abgelehnt, wie das Gesetz selbst. Die Gewerkschaft wird, wie vor dem Krieg, mit größtem Nachdruck die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges und die Einführung eines freien Tages in der Woche fordern. Für die wirtschaftlichen Kämpfe, die das kosten wird, tragen die Gesetzesmacher die Verantwortung!

arbeitervorband, bereit sein, im Interesse des Wirtschaftsfriedens einerseits und unter Berücksichtigung der Notlage großer Kreise der Textilarbeiterseits andererseits dafür Sorge zu tragen, daß die dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Schlichtungsinstanzen inbetriff der Zuschläge für Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus durch Schieds-spruch keine Verschlechterungen der Bestimmungen des § 6a des Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit vornehmen?

Das Reichsarbeitsministerium wird höchstwahrscheinlich nunmehr im Hinblick auf die neue Spruchpraxis erklären, daß die Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes überholt sei. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte, dann bleiben doch immer die vom Deutschen Textilarbeiterverband beanstandeten unglaublichen Schieds-sprüche bestehen. Ein unerträglicher Zustand, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß es der Textilindustrie zurzeit wahrlich nicht schlecht geht. Sollen die Textilarbeiter in Bremen, im Münsterland, in Neumünster, die um den angemessenen Ueberstundenzuschlag geprellt wurden, für die Sünden einer verfehlten Spruchpraxis büßen?

Die Zollpolitik der Reichsregierung.

Protest der Angestellten.

In seiner Sitzung vom 6. Juli hat sich der Vorstand des A. N. Ortsartikels Berlin auch mit den jetzt im Reichstag behandelten Zollfragen beschäftigt. Hierbei kam seine Stellungnahme wie folgt zum Ausdruck:

Der Vorstand des A. N. Ortsartikels Berlin, der offiziellen Vertretung der freigewerkschaftlich organisierten Angestelltenchaft Berlins, schließt sich dem Protest des Berliner Ortsausschusses des

ADGB an, der in dessen Plenarversammlung vom 25. Juni 1927 gegen die vom Bürgerblock im Reichstag wieder betriebene nicht-mwürdige Zoll- und Steuerpolitik zum Ausdruck kam.

Das A. N. Ortsartikels Berlin und die Berliner A. N. Gewerkschaften halten sich bereit, um auch öffentlich die Empörung der Berliner Angestelltenchaft über das Vorgehen der Bürger des Volkes zu be-tunden.

Die Klavierarbeiter vor der Entscheidung.

Krieg oder Frieden?

Die Lage in der Berliner Klavierindustrie ist äußerst gespannt. Die Arbeiterchaft ist nicht gewillt, sich länger nachführen zu lassen, und hat noch für diese Woche eine entscheidende Antwort von den Unternehmern gefordert.

Die Unternehmervertreter in der Verhandlungskommission über-suchen es ihrem Syndikus, sich mit den Arbeitervertretern bei den Verhandlungen am Montag auseinanderzusetzen. Es bedurfte aller Anstrengungen, diese Verhandlungen nicht hochziehen zu lassen, da das provozierende Verhalten des Syndikus fast unerträglich war. Trotz der ausgebreiteten Auseinandersetzungen machten die Unter-nehmer auch in dieser Verhandlung nicht das geringste Angebot, ja sie forderten sogar, andere Vorschläge einzureichen, über die sie dann, wenn sie ihnen als geeignet erschienen, verhandeln würden. Diese Annahme wurde von den Arbeitervertretern mit aller Entschieden-heit zurückgewiesen, worauf die Unternehmer nach längeren Sonder-beratungen den Vorschlag machten, alle strittigen Fragen einer neu-tralen Stelle zur Entscheidung zu unterbreiten.

Trotz größter Bedenken stimmte die Arbeiterkommission auch diesem Vorschlag zu, um den Unternehmern das Argument zu nehmen, daß die Friedensstörer im Arbeiterlager ständen. Es wurde dann vereinbart, ein freiwilliges Schiedsgericht — unter dem Vorsitz des Gemeinrats Körner — einzusetzen, das am Donnerstag seine Tätigkeit aufnehmen soll.

Ob es an dieser nunmehr letzten Stelle zu einer Einigung kommt, scheint nach Lage der Verhältnisse sehr fraglich. Die Ar-beiter haben aber damit den letzten Weg der Verständigung beschritten.

Die dem Holzarbeiterverband angeschlossenen Klavierarbeiter werden zu diesem Verhandlungsergebnis am Montag im Orpheum, Hakenheide 32-35 Stellung nehmen und die Entscheidung über Krieg oder Frieden fällen.

Konflikt im Mansfelder Bergbau.

Halle a. S., 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Nachver-handlungen über den Lohnstarif für den Mansfelder Bergbau kam eine Einigung nicht zustande. Die Entscheidung über die von den Arbeitnehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung liegt jetzt beim Reichsarbeitsminister.

Musikinstrumentenarbeiter. Montag, 11. Juli, gleich nach Arbeitsbeginn, Verammlung aller im Holzarbeiterverband organisierten Musikinstrumenten-arbeiter im Orpheum, Hakenheide 32-35. Tagesordnung: Die Entscheidung über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages und Lohnstarifs. Zutritt nur gegen Mitgliedsausweis des Holzarbeiterverbandes.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute 19½ Uhr tagen die Gruppen: Hermannplatz (Reußlin 2); Gruppenheim Jugendheim Sanderstr. 11, Ade Adreckschtr. Wir lesen aus „Der Konrad“ Berlin. — Schönweber: Gruppenheim Jugendheim Sanderstr. 3 (Walter East). Tanz- und Lieber-Abend. — Webling 1; Gruppenheim Stadthaus Webling, Gerichter. 6-10. Solidarität und kollegiales Verhalten. — Webling; Gruppenheim Jugendheim Oberbaumstr. 10, Zimmer 12. Literarischer Abend: Heinrich Heine. — Webling; Webling 2; Gruppenheim Stadt Jugendheim Zimmer. Ade Schöler. Vortrag: „Wie ist es eine Zeitung“ — Webling; Room 75 bis 24 Uhr Spiel und Sport am Sander Str. Was 3. Fußball. — Charlotten-burg; Spielen im Saalgebäude. Treffpunkt am 25. Bülchens (Ausgang Rentner) um 19 Uhr. — Die Jugendzentrale (Zimmer 7 A), Gemeinschaftshaus, Engelauer 24-26, ist heute bis 19 Uhr geöffnet.

Jugendgruppe des ADGB. Heute 19½ Uhr finden folgende Besprechungen statt: Bezirk Hakenberg; Besprechungsraum des Realgymnasiums Parkstr. 12. Rufhaus Markt (Georg Heilmann). — Bezirk Schöneberg; Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7-10. Besprechungsraum. — Bezirk Spandau; Jugendheim Linden-ufer 1. Besprechungsraum.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Ringelhuber; Gemeinlichkeitsbewegung: 3. Weiser; Freizeiten: Dr. Sohn; Schlichter: Sozialer und Sozialer: Fritz Harbich; Anzeigen: E. Glöckler; Familien in Berlin. Verlag: Nordwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Nordwärts-Verlagverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin G. B. 68. Lindenstraße 3. Druck 3. Weiser und „Unterhaltung und Wissen“.

Wandel in der Spruchpraxis.

Wie steht es mit dem angemessenen Zuschlag?

Die neue Spruchpraxis der Schlichter zeigt, daß sich nunmehr unter dem Druck der Gewerkschaften die jetzt auch im Reichsarbeits-ministerium befürwortete Tendenz, den Ueberstundenzuschlag mit 25 Proz. zu entlocken, mehr und mehr durchsetzt. Die Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes an das Arbeitsministerium, in der auf merkwürdige Schwan-kungen in der Spruchpraxis, vor allem gegenüber den Textil-arbeitern, hingewiesen worden war, scheint also nicht ohne Einfluß geblieben zu sein.

Die Eingabe hatte das Reichsarbeitsministerium darauf auf-merksam gemacht, daß kurz vor der Verkündung der Verordnung über die Arbeitszeit für die Textilindustrie verschiedene Schiedsprüche gefällt worden waren, in denen der Ueberstundenzuschlag mit 25 Proz. entlohnt wurde, während nach der Verkündung der genannten Verordnung sich die Spruchpraxis der staatlichen Schlichtungs-instanzen plötzlich erschreckend änderte. So sind z. B. für die Auto-spinnerei und Weberei Bremen am 23. April und für die Textil-industrie des Münsterlandes am 12. Mai Schiedsprüche gefällt worden, die nur einen Zuschlag von 20 Proz. von der 49. bis 54. Stunde festlegten, und für die Tuchindustrie in Neumünster wurde am 28. Mai ein Schiedspruch gefällt, der für die Ueberstunden von der 49. bis 51. Stunde gar nur 15 Proz. Zuschlag bestimmte. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat deshalb an den Reichsarbeits-minister die Frage gerichtet, ob etwa Richtlinien für die Schlichtungs-instanzen ein Heruntergehen unter 25 Proz. nahegelegt haben. Würde der Herr Reichsarbeitsminister, so fragte der Deutsche Textil-

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Boo-Lin

Zitronen-Gärungsgetränk

Verkauft Drogen-Abteilung
Aussehbank: Erfrischungs-
raum u. Restaur. Leipzig, Str.

Zigarren-Abteilung

Leipziger Str. / Königstr.
Moritzplatz

Globus Nr. 15 Spezialmarke leicht, blumig, 3/4	15 Pf.	Globus-Zigarillos große Form, leicht u. angenehm, Stück	5 Pf.	Selim-Zigarett. besonders emp- fehlen, 25 Stk.	95 Pf.
Kiste 50 Stück	1.10	Kiste 200 Stück	9.50	100 St. 3.60, 1000 St. 33.50	

Frisches Fleisch

Kalbskamm und Brust	Pfund	80 Pf.
Kalbsnierenbraten	Pfund	85 Pf.
Hammelvorderfleisch	Pfund	90 Pf.
Schweinebauch	u. Rücken	Pfund 80 Pf.
Schweinekamm	u. Blatt, mit Beilage	Pfund 85 Pf.
Schmorfleisch	u. Roastbeef, m. Knodden	Pfund 105
Querrippe	Pfund	85 Pf.
Lieser	Pfd. 65 Pf. Gehacktes	Pfd. 75 Pf.
Kabler-Kamm	Pfund	110

Prima Ochsenfleisch gefroren

Suppenfleisch	Pfund	48 Pf.
Rinderkamm u. Brust	Pfund	55 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund	60 Pf.

Geflügel u. Wild

Suppenhühner	frisch geschlachtet, Pfund	115 an
Junge Enten	frisch geschlachtet, Pfund	130 an
Junge Hühner	Stück	145 an
Rehblätter	Pfund	125

Fische

Kabeljau, Seelachs	ohne Kopf ganze Fische, Pfd.	14 Pf.
Schellfische	Pfund	18 Pf.
Fischfilet	von Kabeljau	Pfund 28 Pf.
Zander	gefroren	Pfund 48 Pf.
Lebende Schleie	Pfund	115 an

Schellfische geräuchert

Seelachs geräuchert, Pfd.	45 Pf.	Seeaal geräuchert, Pfd.	65 Pf.	
Fettbücklinge	Pfund	48 Pf.	Matjesheringe	neue 10 Pf. v. an

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Konserven

Schnitt- u. Bruchbohnen	1/2 Dose	60 Pf.	Pfirsiche	1/2 Frucht, geschält	1.40
Junge Erbsen	68 Pf.	Ananas	Hawaii, 8 Scheiben	1.50	
Junge Erbsen	sehr fein	1.28	Bienenhonig	1 Pfund-Glas	1.25 2 Pfund-Glas 2.25
Pfefferlinge	extra Qual.	95 Pf.	Corned-Beef	1 Pfund engl.	85 Pf. engl. 1.50
Senfgurken	3.10	Wurstchen	Dose, 4-8 Paar	1.25 8-10 P. 2.35	
Gewürzgurken	3.20	Oelsardinen	Klubdose	50 Pf. D. 78 Pf.	
Apfelmus	70 Pf.				
Kaiserkirschen	1.30				

Konfitüren, 2 Pfund-Elmer

Ananas	1.65	Johannisb.	1.15	Pflaumen	1.10
Erdbeeren	Himbeeren	Aprikosen	Kirschen	1.45	
Aprikosen-Konfitüre	5 Pfund-Elmer	3.25			

Tafel-Reis Pfund 22 Pf.

Weizenmehl	Pfund	24 Pf.	Patna-Reis	Pfund	32 Pf.
Reisgrieß	Pfund	26 Pf.	Schnitt-Nudeln	Pfund	40 Pf.
Bosn. Pflaumen	Pfund	30 Pf.	Eier-Makkaroni	Bruch	45 Pf.

Wein

Preis für 1/2 Flasche ohne Glas.

Borsdorfer Edelapfelwein	mild	58 Pf.
Feiner Fruchtwein	Johannisbeer- (weiß u. rot), Stachelbeer- und Heidelbeerwein	95 Pf.
1922 Edenkobener	milder Tischwein	1.25
1922 Briedeler Herzchen	blumige Mosellart	1.40
1920 Haardter Schloßberg	Wacht. Schloßgut, feiner lieblicher Pfälzwein	1.60
1923 Serriger Hindenburglay	Wachstum Preußische Staatsdomäne, spritziger Saarwein	1.80
1924 Rüdeshheimer Berg	rensig, elegant	2 M
1922 Chät. La Grolat	sehr süßiger Bordeaux	1.55
Halb & Halb	Spezialmarke, feiner Magenlikör	1/2 Pl. 1.95 1/4 Pl. 3.60
Fruchtschaumwein	vorzügl. Qualität, mit Steuer u. Flasche	1.30
Moselhochgold	Traubensaekt, Flaschenfüllung, mit Steuer und Flasche	3.40

Werdersche Erdbeeren Pfd. 35 Pf.

Junge Möhren	10 Pf.	Tomaten	Pfund 6 Pf. 9 Pf.
Neue Zwiebeln	Pfund 10 Pf.	Ital. Eßbirnen	Pfund 25 Pf.
Blumenkohl	Kopf von 10 Pf.	Süße Kirschen	Pfund 25 Pf.
Junge Schoten	Pfund 15 Pf.	Ital. Pfirsiche	Pfund 35 Pf.
Weiß- u. Wirsinghohl	Pfund 18 Pf.	Zitronen	Duzend 45 Pf.
Pfefferlinge	2 Pfund 35 Pf.	Ananas frische	Pfund 95 Pf.

Neue Kartoffeln gelbe 5 Pfund 75 Pf.

Landleber- u. Dampfurst Pfd. 1 M

Speck fett, Pfd.	1.05	mager	1.15	Zerelat u. Salami	Pfund 1.65		
Jagdwurst	Pfund	1.45	Schinkenpolnische	Pfd. 1.45	Nußschinken	ca. 2 Pfund, 1.80	
Landmettwurst	Pfund	1.50	Pökelfleisch gekocht	Pfd. 1.50	Blut- u. Leberwurst	Halleische, Pfund 65 Pf.	
Schinkenspeck	Pfund	1.55	Bierwurst	Pfund	1.60	Berl. Mettwurst	Pfund 1.20
Leberwurst	feine, Pfund	1.60	Hildesheimer	Pfund	1.20		

Camembert vollfett, Schachtel 5 Portionen 65 Pf.

Limburger	Pfd. 30 Mz. 38 Pf.	Tilsiter	vollfett Pfund	95 Pf. 1.05	
Edamer	Pfund	65 Pf.	Schweizer	fr. 95 Pf. 1.45	
Holländer	Pfund	65 Pf.	Margarine	Pfund	58 Pf.
Emmentaler	steine Schachtel	78 Pf.	Tafelbutter	Pfund	1.80
Steinbuscher	vollfett Pfund	90 Pf.	Dänische Butter	Pfd.	1.90

Holl. Kakao Marke „Kamohoy“ Blechdose ca. 1 Pfund 160

Messina-Drops	1/4 Pfund	18 Pf.	Eisbonbons	1/4 Pfund	18 Pf.
Residenz-Borke	Karton ca. 78 Gramm	35 Pf. ca. 150 Gr. 65 Pf.	Sandgebäck	1/4 Pfund	25 Pf. 1 Pfund 95 Pf.
Relief-Schokolade	Schmelz, 1/4 Pfd.	43 Pf. Milch, 1/4 Pfd.	48 Pf.		

Gebrannt. Kaffee eigene Rösterei Kona-m-Misch, Pfd. 220

Häusalt-Misch.	Pfund	2.50	Globus-Misch.	Pfund	3.80
Sonder-Misch.	Pfund	3 M	Residenz-Misch.	Pfd.	4.20
Olympia-Misch.	Pfund	3.40	Elite-Mischung	Pfund	4.60

Menschen und Hunde!
Die tödliche Ohrfeige.

Niemand weiß, wo ihn der Tod erreichen kann. Niemand ahnt auch, wie schnell er unter Umständen auf die Anklagebank kommen kann. Die Tüte des Geschicks mußte im Bereiche dieser Problemstellung sowohl der Kaufmann S. wie der Kaufmann M. am eigenen Leibe erfahren.

Wie verlautet — man weiß über die Sache nur vom Hörensagen, da sie gestern verurteilt werden mußte — befand sich eines schönen Tages der Kaufmann M. in Gesellschaft seiner Frau auf dem Wege zu seinem Schwager, um dessen Geburtstag zu feiern. Ihren Hund hatten sie bei sich. Auch das Ehepaar S. befand sich in Begleitung seines Hundes.

Nach Hundemanner beschneiffelten sich die Verkäufer, fanden Mißfallen aneinander und bald war die schönste Käuferin im Gange. Sie wurden von ihren Herren auseinander gebracht. Der Hund des Herrn S. kam aber dem Herrn M. zu nahe, dieser verfehlte ihn einen Schlag mit dem Stock.

Eine traurige Geschichte! Für Hundebesitzer eine Lehre für alle Zeiten, bei ihren eigenen Balgereien wenigstens das Maß nicht zu überschreiten, das sie für ihre Hunde als gegeben erachten. Und für die Anklagebehörde eine Lehre, das Maß nicht zu überschreiten, das der gesunde Menschenverstand vorschreibt.

Dachstuhlbrand in der Gartenstraße.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern in dem hause Gartenstraße 32 zum Ausbruch. Vorübergehende sahen aus den Bodenkanten die Rauchwolken hervordringen und denachrichtigten die Feuerwehr, die mit vier Löschzügen unter Leitung des Branddirektors Runge an der Brandstätte eintraf.

Beim Baden ertrunken.

Beim Baden an verbotener Stelle am nördlichen Spreewer bei Hirschgarten ertrank gestern gegen 19 Uhr ein noch unbekannter etwa 35jähriger Mann. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod infolge Herzschlages fest. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in die Halle des Köpenicker Krankenhauses gebracht.

Erweiterung des Hedwigs-Krankenhauses.

Das katholische Hedwigs-Krankenhaus in der Großen Hamburger Straße ist durch Erweiterungsbauten vergrößert worden. Dabei ist sowohl Raum gewonnen worden, daß jetzt 750 Krankbetten untergebracht werden können.

Der deutsche Bäderkalender liegt für 1927 in der siebenten Ausgabe vor. Der Allgemeine deutsche Bäderverband hat dieses von ihm durch den Bäder- und Verkehrsverlag (Berlin) herausgegebene Zukunftsbuch über die Bäderorte und Luftkurorte Deutschlands umgearbeitet und erweitert.

hier in Frage kommenden Krankheiten, über Kurmittel, Kurzeit, Bäderorte, Unterkunft, Verpflegung usw. gemacht. Aufzüge von Fachleuten unterrichten über die verschiedensten Fragen der Bäderkunde, unter anderem über das Wesen der Heilquellen, die Bedeutung des Klimas, die Wahl des Kurortes. Wer sich in einen Kurort begeben will — sei es zur Heilung, sei es zur Erholung — dem wird das Buch manchen wertvollen Fingerzeig geben können.

Mit Sowjetmusik und Transparenten.

Aber keiner weiß etwas.

Transparente, Rote Faust, Jazzmusik und Klämbim unterm Sowjetstern, das sind die „Aktionen“ der KPD. Mit der Revolution ist es längst vorbei. Und wenn man keinen richtigen Grund für solche Aktionen hat, dann stürzt man sich auf den erstbesten Knochen.

So stürzte sich die KPD, auf die alte Begräbnisstätte, die unterm Stadtbahnbogen am Lehrter Bahnhof gefunden wurde. Der Rummel geht los. Es werden die von der Münzstraße ausgehenden bekannten „Entschließungen“ in den Belegschaftsversammlungen „angenommen“. So ist in der Frühstückspause auf einer Baustelle der Firma Tesch eine Resolution verlesen worden, drei oder vier Mann hoben die Hand hoch, eine Gegenprobe wurde nicht vorgenommen, schon hat die „Rote Fahne“ den nötigen Stoff zu einer dreispaltigen Uberschrift.

Und nun mag die „Rote Fahne“ trotz des Gutachtens des Prof. Strauch sich ruhig weiter lächerlich machen. Die KPD mag sich zu dem grotesken Vorschlag verfeilen, die Lebersteine der alten Begräbnisstätte als „Opfer der Revolution“ mit Sowjetmusik und Transparenten zu begraben.

Eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbesteuergesetz für 1927 finden unsere Leser im Anzeigenteil dieser Nummer.

Autobuslinie Bahnhof Nicolassée-Freibad Wannsee. Nachdem die Aushalterung der Straße zwischen dem Freibad Wannsee und dem Bahnhof Nicolassée in diesen Tagen fertiggestellt wurde, ist am gestrigen Donnerstag der Autobusverkehr auf dieser Strecke aufgenommen worden.

Der Film im Großen Schwurgericht. Die Filmschauspielerin Grete Wolheim war gestern im Alten Kriminalgerichtsgebäude erschienen, um als eine von der Vorhansanlage freigesprochen zu werden. Die Richterin, in der die „glänzend freigesprochene“ von ihrem Gegenspieler L. Wardowski vom Deutschen Theater in Empfang genommen wurde, wurde unter dem Portal des Gerichtesgebäudes, über dem sich der Schwurgerichtssaal befindet, in Gegenwart einer großen Menschenmenge gedrückt.

Internationale Tagung der Kriegsteilnehmer. Am Sonnabend, dem 9. Juli, beginnt in Luxemburg eine Konferenz der Kriegsteilnehmer aller Nationen. An der Tagung, die auf Veranlassung der Lidac einberufen ist, nehmen unter anderem teil: Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, die Wiener Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigtenverbände sowie eine Delegation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold unter Führung des Bundesgeschäftsführers Grohn, Magdeburg.

Aushebung einer Falchmünzerverkett. Nachdem in den letzten Monaten in Oberschlesien vielfach falsche Zweimarkstücke aufgetaucht waren, ist es der Kriminalpolizei endlich gelungen, in Hindenburg das Falchmünzernetz auszuhöheln. Man entdeckte eine vollkommen eingerichtete Münzwerkstätte, auch eine Anzahl abgegebener Falchstücke wurden aufgefunden. Bisher sind 3 Personen verhaftet worden, darunter ein Ostoberschlesier. Sie sind sämtlich geständig.



Den Besagtenwurf über die Berufsausbildung behandelte Dr. Kurt Zielenziger unter dem Titel „Vom Lehrling zum Meister“. Er führte dabei die Hörer in die Bestimmungen dieses neuen Gesetzes ein, ohne an Einzelheiten Kritik zu üben. Doch scheint Kritik in vieler Beziehung hier noch nötig. Wichtig ist jedoch die Absicht des Gesetzes, eine möglichst zweckmäßige Lehrlingsausbildung zu bestimmen. Entlohnungs- und Urlaubsfragen während der Lehrzeit scheinen dagegen in ihm noch nicht hinreichend geklärt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik findet man im Berliner Monatsheft. Berlin S 68. Lindenstraße 3.

- 14. Kreis-Konferenz. Sonntag, 10. Juli, veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend ein Waldfest in der Köpenicker, Gemeindefarm Dammich auf 13 1/2 Uhr Bergbegriff. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.
- heute, Freitag, 8. Juli: 77. Abt. Schöneberg. 19 1/2 Uhr bei Jürgen, Barbarschstr. 3a, wichtige Funktionärskonferenz.
- 81. Abt. Friedrichshagen. 20 Uhr pünktlich bei Kluge, Sandbergstr. 60-61, Funktionärskonferenz. Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist Pflicht.
- Morgen, Sonnabend, 9. Juli: 1. Abt. 19 1/2 Uhr bei Köpcke, Adrestr. 1, wichtige Funktionärskonferenz. Erscheinen aller Funktionäre dringend erforderlich.

Jungsozialisten: Gruppe Mitte: Heute, Freitag, 20 Uhr, in der Schule Sipestr. 23a. Vortrag: „Das Arbeiterparlament“. Referent: Willi Vilberg. — Gruppe Süd: Heute, Freitag, 20 Uhr, in der Zurichischen Str. 12, R. 10, wichtige Funktionärskonferenz. Referent: Fritz Metzger. — Gruppe Süd-Ost: Heute, Freitag, 20 Uhr, pünktlich, im Jugenzentrum, in der Köpenicker, Gemeindefarm Dammich auf 13 1/2 Uhr Bergbegriff. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

heute, Freitag, 20. Juli, 19.15 Uhr: Abrechnung und Ausgabe der Zeitschriften.

Reise II: Heim Lehder Str. 15-18. „Kampf im Arbeiterkampf“. — Kreis II: Heim Lehder Str. 15-18. „Kampf im Arbeiterkampf“. — Kreis III: Heim Lehder Str. 15-18. „Kampf im Arbeiterkampf“. — Kreis IV: Heim Lehder Str. 15-18. „Kampf im Arbeiterkampf“.

Morgen, Sonnabend: 19.15 Uhr: Abrechnung und Ausgabe der Zeitschriften.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftskeller: Berlin S 14, Sebestianstr. 17/18, Hof 2. Heute, Freitag, 8. Juli, Kreisabend: Sonntags 17 1/2 Uhr Schöneberg, Kreisabend, Raumburger Straße. — Sonnabend, 9. Juli, Bernau: 19 1/2 Uhr Antritt der Alten Schützenhaus, 20 Uhr Admarck nach Labedung zur Fahrmarckung. — Sonntag, 10. Juli, 10 Uhr pünktlich, im Jugenzentrum, in der Köpenicker, Gemeindefarm Dammich auf 13 1/2 Uhr Bergbegriff. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Verband Volksfreiheit. Ortsverein Berlin. Vorträge an Donnerstagen abends 8 Uhr pünktlich aus. — Jugendgruppe Döberitz: Freitag, 8. Juli, 19 1/2 Uhr, Köpcke, Adrestr. 1, wichtige Funktionärskonferenz. Erscheinen aller Funktionäre dringend erforderlich.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, dem 7. Juli. 1. Rennen. 1. Bonibus (Cognes), 2. Schneckel (Rudwig), 3. Cleagar (Larra). Toto: 25:10. Platz: 14, 26, 14:10. Ferner liefen: Wilton, Goldalma, Wannestreu, Kumensort, Seegerber, Oran, Kallfart, Gildauer, Islander, Dunone, Ignatia, Siegeszug.

Wichtigste und Einzigste werden sich gesund und kräftig, wenn sie ihre Ernährung zweckmäßig gestalten, d. h. alle Nahrungsmittel mischen und sich nur zu nützlichem Nahrungsmittel halten. Die natürliche Kraftnahrung von erhablicher Wirkung haben sich den letzten Anstrichelungen erweisen, deren hoher Gehalt an Blut- und Knochenbildenden Nährstoffen und deren genaugen bekannt ist. Seit etwa 40 Jahren werden in den Anstrichelungen auserlesene beste Rohstoffe in großer idealer Weise nach wissenschaftlichen Grundfragen zum Genuße vorbereitet. Bei der sorgfältigen Reinigung und Enthüllung bleiben dem Rohstoffe alle wertvollen Bestandteile erhalten. Man verlange ausdrücklich die folgenden Anstrichelungen: Leicht quillend, milchig-weiß, Vitaminen.

Vor den Sommerferien. Aus der Arbeit der Bezirke.

Fast alle Bezirksversammlungen haben in dieser Woche mit den Sommerferien begonnen. Mannigfaltig war ihre Arbeit in der letzten Woche, galt es doch, die wichtigsten Vorlagen noch vor der großen Pause zur Annahme zu bringen. Aus der großen Menge der Beratungsgegenstände seien hier einige der wichtigsten hervorgehoben.

Im Bezirk Tempelhof wurden noch die Verkehrswünsche der Lichtentzender Bevölkerung angehört und die notwendigen Beschlüsse gefasst, um auch Lichtentzender an das Straßenbahnnetz anzuschließen. Im Bezirk Zehlendorf wurde zunächst von dem Bürgermeister Schumacher Rechenschaft gefordert, warum er am Pfingsttreffen des Roten Frontkämpferbundes die Plakate der Veranstalter entfernen ließ. Bürgermeister Schumacher glaubte die Berechtigung dazu zu haben. Wird er auch von dieser Berechtigung Gebrauch machen, wenn schwarzweiße Plakate geklebt werden? Auch die Verbreiterung der Charlottenburger Chaussee wurde beschlossen. Im Bezirk Pankow führten unsere Genossen Klage, daß im Ratsteller, der der Gemeinde gehört, immer noch „Kaiserbilder“ hängen. Das Bezirksamt erklärte merkwürdigerweise, „daß die Besitzverhältnisse des Ratstellers nicht geklärt seien.“ Seltsam, sehr seltsam... Im Bezirk Kreuzberg kam es bei der Vorlage, einen Kindergarten im Bezirk zu errichten, zu einem humorvollen Zwischenfall. Pfarrer Koch sprach gegen die Vorlage und wünschte, „daß die Kinder nach der guten alten christlich-nationalen Erziehungsmethode“ erzogen werden, dann würden sie kluge und tüchtige Menschen werden. Wie sehr Pfarrer Koch irrt, bewies seine eigene Rede. Schallendes Gelächter löste die Bemerkung Pfarrer Kochs aus, daß er schon darum die Rottensort-Methode ablehne, weil sie „aus dem faschistischen Italien“ käme.

Im Bezirk Tiergarten wurde über die Schwammbildung in den Baracken in der Birkenstraße debattiert. Stadtrat Dr. Harms hatte zu dieser Angelegenheit ein Gutachten erstattet, das darin gipfelte, daß der Aufenthalt in schwammdurchwucherten Räumen nicht gefährlich sei. Dieses Gutachten erinnert an die während des Krieges abgegebenen Erklärungen, daß der Mensch ohne Fett auskommen könnte.

2. Bezirk — Tiergarten.

Das Bezirksamt hat zu der Sitzung vom 29. Juni die Vorlage, betr. Anmeldung einmaliger Ausgaben zum Haushalt 1928, vorgelegt. Die Anmeldung soll am 1. Juli beim Magistrat sein. Die Anforderung dazu hat das Bezirksamt bereits am 5. Mai erhalten. Genosse Färsch lehnte es namens unserer Fraktion ab, diese Vorlage, die uns in letzter Minute zugegangen ist, zu bewilligen. Er kritisierte scharf die Geplogenheit des Bezirksamts, die Vorlagen immer so spät zu bringen, daß eine Prüfung nicht mehr möglich ist. Das Mitbestimmungsrecht der Bezirksversammlung wird auf diese Weise illusorisch gemacht. Besonders ist zu bemängeln, daß nicht einmal die zuständigen Deputationen gehört worden sind. Wir verlangten Verweisung in den Haushaltsausschuß und Einberufung einer Ferialsitzung zur Beschlußfassung. Volkspartei, Demokraten, Kommunisten schlossen sich unserer Kritik an. Die Demokraten forderten auch Ausschuhberatung, wollten aber auf die Ferialsitzung verzichten und dem Ausschuh für diesen Fall die Befugnisse der Versammlung übertragen. Dem konnte aus rechtlichen Bedenken nicht zugestimmt werden. Unser Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die Deutschnationalen angenommen. Die Deutschnationalen kündigten darauf an, daß sie gegen die Ferialsitzung protestierten. In diesem Falle kann die Vorlage erst nach den Ferien erledigt werden. Bürgermeister Dofflein wird seinen Parteifreunden für dieses Vorgehen wenig dankbar sein. Wenn er am 1. Juli seiner Verpflichtung beim Magistrat nicht genügen kann, muß er es damit begründen, daß er die Deputationen gar nicht und die Bezirksversammlung zu spät mit der Vorlage befaßt hat und daß schließlich der gute Wille der Versammlung, die Sache doch noch im Juli zu erledigen, von seinen Parteifreunden sabotiert worden ist. Ein Antrag der Fraktion der Mitte, den Magistrat zu ersuchen, vor Durchführung der Organisationsänderung die Bezirkskörperschaften gutachtlich zu hören, wurde einstimmig angenommen. Es folgte Besprechung einer Anfrage der KPD, betr. die Barackenräume Wielestr. 5/6, in denen ein Teil der Erwerbslosenfürsorge in Räumen, die vollständig von Schwamm durchsetzt sind, untergebracht sind. Der Vertreter des Bezirksamts antwortete, daß seinerzeit 17 000 M. für Instandsetzung angefordert, aber nur 6000 M. vom Magistrat bewilligt worden sind. Infolgedessen konnte die Baracke nur not-

dürftig ausgebessert werden, und der Schwamm war bald wieder da. Er mußte zugeben, daß ein Gutachten des Gesundheitsamtes vorliegt, wonach der Aufenthalt in Schwamm durchwucherten Räumen nicht gesundheitschädlich (!) ist. Stadtrat Dr. Harms unternahm es, dieses eigenartige Gutachten zu vertreten. Es stehe nur in seinem Gutachten, daß der Schwamm „als solcher“ nicht gesundheitschädlich ist. Das soll heißen, wenn der Schwamm auch die Luft verdirbt, so sonderer er doch keine Krankheitserreger ab und ist infolgedessen als unschädlich zu bezeichnen. In seinem Vertrauen, daß die anwesenden Ärzte ihm in diesen Argumenten zustimmten, sah er sich allerdings gründlich getäuscht. Bloch (KPD.) wies mit Recht darauf hin, daß dieses Gutachten des Gesundheitsamtes eine n Freibrief für Hausbesitzer bedeute, die schwammige und haufällige Wohnungen vermieten möchten. Genosse Benzler forderte, daß neue Räume beschafft werden, da eine Renovierung dieser alten Baracke völlig zwecklos sei. Für die Entsendung von 200 Kindern nach Wannsee wurden 8900 M. bewilligt. Auch hier mußte bemängelt werden, daß die Vorlage zu spät kam. Genosse Hädicke bezweifelte, ob es überhaupt kurz vor den Ferien noch möglich sei, die Schulen zur Benennung der Kinder zu veranlassen. Ein Antrag unserer Fraktion verlangte, daß die Betreuung entlassener Strafgefangener nur beamteten Fürsorgern übertragen werden soll. Genosse Weiner wies auf Mißstände hin, die bei der ehrenamtlichen Betreuung vorgekommen sind. Der Antrag wurde angenommen. Genosse Jordan begründete einen Antrag unserer Fraktion auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt in der Ottostraße. Auch dieser Antrag wurde angenommen. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion auf Errichtung von Lehrlingsheimen wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Antrag, 250 000 M. für Reparaturen in Gemeindeschulen anzufordern, wurde nach Begründung durch Genossen Helwig angenommen. Ein Antrag aller Fraktionen erludte das Bezirksamt, dahin zu wirken, daß die geplante Verlegung der Straßenbahn von Charlottenburger Chaussee nach den Straßen in den Felten, Händelstraße usw., durch den Belleouepark, unterbleibt.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksversammlungenversammlung am 29. Juni teilte vor Eintritt in die Tagesordnung Bezirksverordneter Jahnke (KPD.) namens seiner Fraktion mit, daß der unbeforderte Stadtrat Dorner aus der Kommunistischen Partei ausgesprochen sei und nicht mehr das Recht habe, irgendein Amt im Namen der Partei auszuüben. Von einer Mitteilung des Bezirksamts, daß der Magistrat die beantragte Genehmigung zur Beschaffung von Handtüchern und Bodentapeten für bedürftige Kinder bei der Beschaffung von Schulbüchern aus Mangel an Mitteln abgelehnt, aber die Absicht ausgesprochen habe, für diesen Zweck in den Etat für 1928 Mittel einzustellen, nahm die Versammlung Kenntnis. Für eine gemeinsame Verfassungsfeier der Schulen des Bezirks mit anschließendem Spiel- und Sportfest am 11. August wurden dem Bezirksamt zur Deckung der Kosten 2500 M. bewilligt. Eine Vorlage betreffend Festsetzung einmaliger Ausgaben für den Haushaltsplan 1928 wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses, für den Genosse Huhnke berichtete, einstimmig angenommen. Mit der Umbenennung des Zionstrichplatzes in Zionstrichstraße und der damit verbundenen Hausnummeränderung erklärte sich die Versammlung einverstanden. Von einer Mitteilung des Bezirksamts, daß nunmehr die städtischen Körperkulturen dem von der Versammlung beschlossenen Ankauf von Böghow'schem Gelände zugestimmt haben, und daß es in den Besitz der Stadt übergegangen ist, wurde Kenntnis genommen. Ein Antrag der KPD-Fraktion, beim Magistrat gegen die Hergabe städtischen Geländes zur Vergrößerung des Friedhofs der jüdischen Gemeinde Einspruch zu erheben, wurde durch die Mitteilung erledigt, daß die letzte Stadtverordnetenversammlung die Hergabe abgelehnt und damit im Sinne der Antragsteller entschieden habe. Ein Antrag derselben Fraktion, zwei nicht versicherten Laubendbesitzern, deren Lauben bei einem Brande vernichtet wurden, den Geländeschaden in Höhe von 2500 M. zu ersetzen, wurde aus rechtlichen Gründen abgelehnt. Die Dauer der Sommerferien wurde mit der der Stadtverordnetenversammlung gleichgesetzt. Zu einer interessanten Diskussion gab eine Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei Anlaß. Gestützt auf deutschnationale Presseartikel, nach denen das Bezirksamt einen früher in einem anderen Bezirksamt tätigen und dort entlassenen kommunistischen Lehrer als Jugendpfleger eingestellt habe, hielten die Fraktionen der Dntl. Vp. eine ganze Reihe Fragen an das Bezirksamt gestellt. Die Antragsteller beantragten für die Verhandlung dieses Punktes geheime Sitzung. Dies wurde von der Versammlung abgelehnt und die Anfrage vom Bürgermeister Genossen Dr. Ostrowski beantwortet. Er stellte fest, daß die Notiz aus den Fingern gelogen und jedenfalls nur zu dem

Zweck gebracht sei, um dem Bezirksamt eins auszuwichen und es zu verleumden. Er erwähnte hierzu einen vor kurzem gegen die „Deutsche Zeitung“ stattgefundenen Prozeß, an dem auch Mitglieder der Fraktion der Dntl. Vp. als Zeugen und Zuhörer teilgenommen haben. Die Einstellung des in Frage kommenden Lehrers sei in derselben Weise betrieben, wie die Einstellung der Leute der Dntl. Vp. vielfach geschehe; der Herr sei nicht als Jugendpfleger beschäftigt worden, und es läge nicht das geringste vor, was ihn auch vom Standpunkt der Antragsteller nicht qualifiziere. Darauf erklärten zwei Bezirksverordnete der Dntl. Vp., daß mit den Artikeln in der Presse ihre Fraktion nichts zu tun habe, aber wenn in der Presse etwas über das Bezirksamt geschrieben werde, sei es ihre Pflicht, sich damit zu befassen; der Fall sei für sie mit der Antwort des Bürgermeisters erledigt. Für unsere Fraktion wurde vom Genossen Pittauer gegen die Art und Form solcher Anfragen eine scharfe Verwarnung eingelegt.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Eine außerordentliche Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain am Mittwoch verlief sehr ergebnisreich. Zur Haushaltsberatung lagen noch eine ganze Anzahl Ergänzungsanträge vor. Die Berichterstattung des Haushaltsausschusses hatte der Bezirksverordnete Bary (Komm.), der vor allem auf die Notwendigkeit der Erhöhung verschiedener Etatpositionen hinwies. Bürgermeister Genosse Kiehl betonte gegenüber Angriffen des Kommunisten Ostrowski, daß das Bezirksamt verpflichtet sei, sich an die vorliegenden Schlußfolgerungen bei früheren Beratungen zu halten. Doch sei auf das besondere Betreiben des Bezirksamts schon manchenlei im letzten Jahre gechehert. Man habe im Magistrat inzwischen auch die sozialen Schichtungen in den einzelnen Bezirken beachtet und als sogenannter Elendsfaktor eine Regelung gefunden, nach der Zuschläge zu den ursprünglichen Ansätzen möglich sind. Genosse Klingler unterstrich diese Hinweise und bedauerte, daß so viele Stadt- und Bezirksverordnete die Einrichtungen des Bezirksamts noch nicht kennen. Wenn die Kommunisten immer auf die Zusammenwirkung der Arbeiterparteien im Stadtparlament hinwiesen, müßten sie auch bereit sein, positiv für die Deckung der Ausgaben mitzuwirken. Genosse Theert besprach die ungeheure Raumnot, die vor allem der Erledigung praktischer Jugendfragen noch entgegensteht. Es sei deshalb auch beantragt, zur Errichtung eines Jugendhauses Vorbereitungen zu treffen, damit die Unterbringung einer Krippe, eines Hortes, einer Säuglingsfürsorgeeinrichtung, eines Lehrlingsheims, eines Jugendheims und eines Jugendheims möglich sei. Genosse John erläuterte die Schwierigkeiten, die dem Bezirk immer wieder beim Ausbau des Sportplatzes in der Lasterstraße gemacht werden. Seit Februar 1926 geben die Verhandlungen und Versprechungen. Besonders der Leiter des Stadtkommissars für Belästigungen, Dr. Häusler, habe immer wieder Sondermittel zugesagt. Im Projektausschuß sind Forderungen von 16 Verwaltungsbereichen anerkannt, nur der 5. Bezirk wurde zurückgestellt, weil es sich um eine Neuanlage handle. Dabei waren nur 198 000 M. erforderlich, während von einer ganzen Reihe anderer Bezirke Anforderungen von 1/4 Mill. bis über 1 Mill. Mark gestellt wurden, denen man entgegenkam. Alle diese Bezirke, wie Prenzlauer Berg, Kreuzberg, Charlottenburg, Steglitz, Tempelhof, Neutal und Treptow stehen räumlich weit besser da, wie der kleine Verwaltungsbezirk Friedrichshain mit seinen 337 000 Einwohnern auf nur 910 Hektar Grundfläche. Nach weiteren Sitzungen hat man von einer frei verfügbaren Restsumme von 123 000 M. Friedrichshain 10 000 M. zuerkannt. Stadtrat Genosse Günther betonte, daß entgegen anderen Versicherungen im Krankenhaus Arzneimittel immer noch Bedarf ausgegeben werden. Schließlich wurden die Beschlüsse des Haushaltsausschusses anerkannt. U. a. sind dabei eingelegt für Projektbearbeitung zum Volkshaus und zum Jugendhaus je 10 000 M., für das Krankenhaus (Bekleidung, Matrosen usw.) 110 000 M., für Umpflasterung der Landsberger Allee 300 000 M. Zustimmung fanden die Vorlagen zur Beschlußfassung betr. Ausgestaltung des Förderschulplatzes mit Planflächen und Plastik aus Mitteln der zentralen Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen, 6100 M. für den Ausbau des Dachgeschosses im Pavillon I des Krankenhauses, 27 000 Mark für die Tageskurstätte Lasterstraße.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung erfolgte die Verpflichtung und Einführung des Genossen Häuser als unbesoldeter Stadtrat. Einer Vorlage des Bezirksamts, betr. Verwendung des jetzigen Straßenbahngrundstückes auf dem Spielplatz an der Urbanstraße für Schulzwecke wurde zugestimmt. Die Wagenhallen und Betriebsanlagen sollen fortfallen. Genosse Häuser sprach den Wunsch aus, daß auf dem Gelände eine Berufsschule für Graphik erstehen möge, da das graphische Gewerbe Berlins sich zum größten Teil im Südwesten bzw. Südosten befindet. Berlin müsse endlich den Vorschlag einholen, den Städte wie München, Leipzig, Stuttgart u. a. gewonnen hätten. Angenommen wurden ferner die Vorschläge des Haushaltsausschusses betr. die größeren einmaligen Ausgaben für das Jahr 1928. Der Magistrat verlangte diesmal frühzeitig eine

Unsere **27. Verkaufsstelle** in Groß-Berlin
wird **Morgen**, vorm. **11 Uhr**,
Chausseestr. 15/16
eröffnet.



SALAMANDER

Auffstellung über die für das kommende Etatsjahr zu erwartenden einmaligen Ausgaben, um längere Zeit zur Prüfung zu haben. Größere Summen werden benötigt für das Gesundheitswesen sowie Erneuerung des Straßenpflasters. Eine längere Debatte rief eine Vorlage des Bezirksamts hervor, aus Vorbehaltsmitteln auf dem Grundstück des ehemaligen Fabrikgebäudes Parkstraße 11 einen Kindergarten oder ein Kinderhaus zu errichten. Pfarrer Koch verwahrte sich dagegen, daß vom Jugendamt Verhandlungen mit der Montessori-Gesellschaft gepflogen wurden. Man solle die Kinder lieber nach der guten alten „christlich-nationalen Erziehungsmethode“ (!!!) erziehen, dann würden sie kluge und tüchtige Menschen werden. Als Pfarrer Koch bemerkte, daß er die Montessori-Methode schon deswegen ablehne, weil sie aus Italien, dem Lande des Faschismus, komme, qualifizierte die Versammlung diese Ausführungen mit schallendem Gelächter. In sehr wirkungsvoller Weise traten die Genossen Kossak und Litzke, der Demokrat Kötke und der Kommunist Kruschke dem Pfarrer Koch entgegen, die für eine moderne Erziehung eintraten, die der Veranlagung des einzelnen Kindes Rechnung trage. Man wolle aus allen Erziehungsmethoden das Beste herausziehen und zur Vollendung bringen. Schon während der Rede Kochs verließ die gesamte Rechte den Saal und mit ihr auch die volksparteilichen und deutschnationalen Lehrer und Lehrerinnen und befanden damit auf ihre Art ihr Interesse an dieser für jeden Pädagogen so wichtigen Frage. Durch den Auszug der Rechten wurde das Haus beschlußunfähig, die Versammlung wurde vertagt.

Die Fortsetzung der Sitzung fand am vergangenen Mittwoch statt. Die Bürgerliche Vereinigung unter der Führung des Pfarrers Koch hatte alles aufgedreht, um die laut Geschäftsordnung notwendige Zahl zum Widerspruch gegen die Ferienlösung heranzubringen. Dies gelang auch, da der Zentrumsmann Lange, der den Ausschlag gab, mit Deutschnationalen und Volksparteilern bei den meisten Tagesordnungspunkten gegen deren Beratung stimmte. Es ist bedauerlich, daß ein Teil der Bezirks- und Stadtverordneten unserer Fraktion sowohl in der vorliegenden als auch in dieser Sitzung fehlten, dadurch wurde die Arbeit der Fraktion bedeutend erschwert. So konnte auch diesmal die Beratung über die Einrichtung des Kinderhauses Parkstraße wieder nicht zu Ende geführt werden. Nur ein Antrag der Mitte, der verlangt, daß sich das Bezirksamt bei den maßgebenden Stellen für die Wiedereinführung des 22-Uhr-Häuferschlusses einsetzen möge, wurde gegen einige Hausbesitzerstimmen angenommen.

10. Bezirk — Jekendorf.

Seit dem 6. April tagte wieder einmal eine Bezirksversammlung am Mittwoch, den 29. Juni. Die etwas magere Tagesordnung war durch sozialdemokratische Anfragen und Anträge etwas umfangreicher geworden. Auch einige Dringlichkeitsanträge erschienen in letzter Minute. Als neues Mitglied wurde zunächst an Stelle des verstorbenen Dr. Hecht der Kaufmann Weiger (Dnct.) eingeführt. Nachdem einigen Anstellungen, darunter auch für das neue Jekendorfer Krankenhaus — Professor Walterhöfer und Dr. Apotheker Schuler — zugestimmt wurde, beantwortete der Bürgermeister Schumacher die Frage der SPD-Fraktion, warum man gegen die Eröffnung und den Bau der Terrassen des bekannten „Haus am See“ in Bannitz nicht energischer vorgegangen sei. Das Haus am See sei, da der Bau ohne Genehmigung begonnen wurde, zweimal in Polizeistrafen genommen worden. Ueber die Erteilung der Konzession entscheide der Stadtausschuß und der Bezirksausschuß. Die Frage, warum man die zum Empfang der roten Frontkämpfer zu ihrer Pfingstfeier angebrachten Girlanden entfernen ließ, wurde dahin beantwortet, daß der Bürgermeister glaube, hierzu berechtigt gewesen zu sein (!). Zu erwähnen sind noch die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge, die auch Annahme fanden: Das Bezirksamt wird ersucht, unverzüglich die Vorarbeiten zum Bau eines Volksbades mit Hallenschwimmbad, Bänken- und medizinischen Bädern einzuleiten. Ferner wird das Bezirksamt ersucht, Schritte zu unternehmen, um die als Menschenfalle berüchtigte Bahnunterführung der Bannitzbahn im Zuge der Potsdamer Chaussee durch Verbreiterung oder Herstellung von Fußgängerwegen ungefährlich zu machen. In den bekannten Siedlungen wird herbe Kritik geübt und das Bezirksamt wird ersucht, Schritte zu unternehmen, um eine günstige Preisgestaltung herbeizuführen, die mit den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Beamten in Einklang zu bringen sind. Einem Dringlichkeitsantrag, einen Ausschuß von 7 Mitgliedern einzusetzen, der prüfen soll, auf welche Weise die Herstellung von Kleinsiedlungen an nichtregulierten Straßen erleichtert werden kann, wurde zugestimmt. Von 1/10 Uhr ab wurde dann in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

13. Bezirk — Tempelhof.

In der letzten Bezirksversammlung am 29. Juni wurde die Lichtenrader Verkehrsnot behandelt. Genosse Spitzka legte sich für die Wünsche der Einwohner ein. Der Bürgermeister hielt in seiner Antwort die Möglichkeit des dazu notwendigen Banderwerbs erst für den kommenden Winter gegeben, während Stadtverordneter Genosse Brühl ihm entgegenhalten konnte, daß das Tiefbauamt selbst und der Aufsichtsrat der Straßenbahn den

Plan hatten, die Linie schon 1927 fertigzustellen. Er sieht den Grund der Verzögerung in der starken Belastung des Baurats Bräuning mit nebenamtlichen Arbeiten für Kirchen- und Siedelbau auf dem Tempelhofer Feld und in dem vorzeitigen Abbau unserer Genossen vom Bezirksamt, deren Stellen jetzt wieder besetzt werden sollen. — Daß es den Bürgerlichen nicht so ernst ist mit dem Ausbau der Straße, wie sie die Lichtenrader Einwohner glauben machen wollen, ging aus der Begründung des Bezirksverordneten Richter (Dnct.) für seinen Antrag, Verrückung des Straßenbahnprojekts hervor, bei der er sagte, es sei gleichgültig, ob die Straßenbahn ein oder zwei Jahre später komme. Scharf angegriffen wurde das Verhalten des Wohnungsamts, das durch ungeschickliche Maßnahmen einen Einwohner des Bezirks zum Selbstmord getrieben habe. Eine Stärkung der Sache konnte nicht herbeigeführt werden, da der Dezernent Stadtrat Jergang beurlaubt war. — Der Haushaltsausschuß hatte sich mit den einmaligen Anforderungen beschäftigt. Bei den Beratungen hatten es die bürgerlichen Vertreter fertigbekommen, eine Etatsposition von 50 000 M. zu streichen, einmal aus dem formalen Grunde, weil diese Summe von der Bezirksversammlung nicht angefordert sei, zweitens aus einem moralisch-ethischen Grunde: ein Altersheim sei ein „Sammelbecken“, in dem sich die alten Bezirksinsassen doch nicht wohlfühlten. Außerdem „verleite“ man die Kinder, ihren Eltern gegenüber ihre Pflicht zu tun. Bei der beantragten namentlichen Abstimmung verließ die Herrscholten von Rechts der Rat. Mit allen Stimmen gegen drei der Antragsteller wurde die Position wieder aufgenommen. Ferner wurde beschlossen, beim Magistrat zu beantragen, daß den Bezirksversammlungen die abschließende Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung und das Recht übertragen wird, der Stadtverordnetenversammlung die Entlastung vorzuschlagen. Die übrigen Anträge: Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts, schnellere Wagenfolge auf Linie 96, Hastrag-Säulen für das Tempelhofer Feld, Verbesserung der Zugfolge nach Lichtenrade, öffentliche Fernsprechkabine in Lichtenrade, Fahrverbindung zum Flughafen, werden einstimmig angenommen.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Die Bezirksversammlung am 29. Juni stimmte zunächst einer Anzahl kleiner Vorlagen zu, u. a. der Schaffung einer zweiten Jungensstraße zur neuen Schule in Kaulsdorf-Süd, sowie einer Petition, die eine Verrückung der Gebührenordnung für Gerichtssozialversicherer fordert, ebenso einem Geländeaustausch an der Schellstraße. Einige Anträge, betr. Ausbau der Straßenbahn, schlechte Straßenbeleuchtung, Verbreiterung der Köpenicker Allee und Straßenüberschneidungen in Mahlsdorf wurden der Baudeputation überwiesen. Eine längere Debatte rief ein Antrag auf Festlegung eines Vorbehalts von 7000 M. an die Kolonisten auf dem städtischen Gelände an der Schlichtallee hervor. Dieses Gelände muß geräumt werden, da dort Schulbauten errichtet werden sollen. Das Bezirksamt hatte eine Entschädigung von 40 Pfennig je Quadratmeter angeboten, die von den Kolonisten abgelehnt wurde. Auf Antrag des Genossen Schubart wurde die Sache bis zur Erledigung des schwebenden Schiedsverfahrens vertagt. Eine Aussprache über „Schulsysteme“ brachte die Vorlage auf Schaffung einer Rektorstelle an der neuen Schule in Kaulsdorf-Süd. Rektor Rietzke (D. Sp.) forderte die Schaffung größerer Schulen eventuell durch Zusammenlegung; hierdurch würden auch Rektoren überflüssig, man brauche also keine neuen Stellen zu schaffen. Lehrer Ponzion (Komm.) machte gegenentwärtige Ausführungen, die Rietzke als „Quatsch“ bezeichnete. Nachdem Bürgermeister Genosse Dr. Siggel, Dezernent der Schulverwaltung, die Vorlage nochmals kurz begründete, stimmte die Versammlung zu. Nun erfolgte ein kommunistischer Vorstoß gegen das „sozialistische Bezirksamt“ und gegen den „sozialistischen Arbeiterrat. Bezirksverordneter Weimer (Komm.) stellte die Behauptung auf, daß vier bei der Straßenreinigung beschäftigte Angestellte entlassen wurden, weil sie „politisch links“ organisiert seien, der Arbeiterrat habe seine Zustimmung gegeben, weil er (der Arbeiterrat) vollständig unter der Fuchel seines Vorsitzenden, des Sozialdemokraten Masche, stehe. Stadtrat Dr. Graeffner führte dagegen aus, daß das Bezirksamt die Zustimmung des Arbeiterrats zu einer Kündigung nicht mehr brauche. Bei Entlassungen würde rein sachlich entschieden. Er gab sodann die Gründe an, die zur Entlassung der vier Arbeiter führten. Genosse Masche stellte fest, daß dem Arbeiterrat auch einige Mitglieder der SPD angehören, daß Moskauer Methoden nicht herrschen, sondern daß demokratisch gearbeitet würde. Im übrigen gehöre die Angelegenheit nicht vor die Bezirksversammlung, sondern sei Sache der gewerkschaftlichen Organisation, die sich schon damit beschäftige. Eine Klage der Betroffenen würde er begrüßen. Der Antrag, die Entlassenen wieder einzustellen, wurde abgelehnt. Dann wurde ein Ausschuß von sieben Mitgliedern eingesetzt, der Unregelmäßigkeiten bei Abgabe von städtischem Material untersuchen soll. Auf eine Anfrage leitete Stadtrat Landschulz mit, daß ein Vertrag über Führen in Mahlsdorf nicht mit einem Mitglied der Versammlung, sondern mit dessen großjährigem, selbständigen Sohn abgeschlossen sei. Herr Enzler (W. d. R.) benutzte diese Anfrage, um die „Unrentabilität“ der städtischen Unternehmungen zu kennzeichnen. Hierauf ging die Versammlung in die Ferien.

19. Bezirk — Pantow.

Am 29. Juni sollte die Bezirksversammlung eine Tagesordnung von 21 Punkten vor den Ferien aufarbeiten. Das aber wurde durch die Schuld der deutschnationalen Fraktion, die die Beschlußunfähigkeit ohne plausiblen Grund herbeiführte, vereitelt. Unter Geschäftlichem gab der Vorsitzende Antworten des Bezirksamts auf Anfragen bekannt, die sich um die Verbesserung der Straßenbeleuchtung bemühten. Es werden einige Verbesserungen und Neueinrichtungen durchgeführt, und zwar in fast allen Orten unseres Bezirks. Die Grundwasserhilfe in Niederschönhausen kann leider unserem Antrag gemäß augenblicklich nicht durchgeführt werden, weil Mittel nicht zur Verfügung stehen. Es sollen aber entsprechende Schritte unternommen werden. Aus Vorbehaltsmitteln werden für die Herstellung der Rudelsburger Straße in Karow 10 000 M. bewilligt, ebenso für die Erholungsstätte Schönholz 2500 M.; nur die Kommunisten stimmten dagegen, weil ihrer Meinung nach hierfür die Verwendung von Vorbehaltsmitteln ungeschicklich sei! Zur Kenntnis wurde ferner die Vorlage über die Müllzuführung am Tegeler Fließ gebracht; die Schüttung wurde an zwei Modellen vorgeführt. Es ist zu hoffen, daß die gärtnerische Ausgestaltung des Fließgeländes baldmöglichst erfolgt. Zu einer Vorlage über einen Zuschuß zur Herrichtung eines Sportplatzes für den Verein Rapide brachte unsere Fraktion zum Ausdruck, daß wir diesen ablehnen müssen, weil die Pachtverhältnisse zu unsicher sind, um eine solche Aufwendung von 4500 M. zu rechtfertigen. Der Antrag wurde gegen alle bürgerlichen Stimmen bei Enthaltung der Wirtschaftspartei abgelehnt. Einige Anträge fanden ohne Aussprache Annahme, so auch der demokratische, der die Beseitigung der Rastten und Haltestellenanzeigen von den Inseln verlangt, ebenso der Antrag über die Zustimmung zum Erbbaurechtsvertrag mit der Siedlung Niederschönhausen. Ueber die Straßenreinigung in Buch herrschte lebhafteste Klage von allen Seiten. Ein Einfluß zur Verbesserung der rechtlichen Verhältnisse wurde eingeleitet. Es kam nunmehr von uns gestellte Antrag über die Entfernung von monarchistischen Bildern aus den Räumen des Rathauses zur Behandlung. Unser Redner führte aus, daß immer noch in dem der Gemeinde gehörenden Ratstafel Kaiserbilder hängen, deren Entfernung wir auf Grund der Magistratsverordnung fordern. Das Bezirksamt hatte unserer Fraktion vorher die Zurückziehung des Antrages empfohlen, weil „die Besitzverhältnisse nicht geklärt“ seien. Bezirksamt und Pächter lehnen beide das Eigentumsrecht ab. Der immer noch am Orte bestehende Konserwative Verein soll Eigentümer sein. Nachdem der demokratische Redner ebenfalls die Entfernung verlangt hatte, kam der Wirtschaftsparteiler Stöber zum Wort, der gegen seinen Willen wieder einmal für die Befestigung der Versammlung sorgte. Sodann fand der Antrag mit den Stimmen der SPD, der Demokraten und der Kommunisten Annahme. Nach dieser Abstimmung verließen Deutschnationale und Volksparteiler den Saal, so daß die Verhandlung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden mußte.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung vor den Ferien fand am 29. Juni d. J. statt. Da der Magistrat den Termin für die einmaligen Anforderungen des Bezirks für 1928 bereits auf den 1. Juli d. J. festgesetzt hatte, stand ihre Beratung auf der Tagesordnung. Die Vorlage des Bezirksamts forderte unter anderem die Mittel oder Raten für die Herrichtung einer 2. Turnhalle für das Realgymnasium Reinickendorf, den Neubau eines Realgymnasiums in Hermsdorf, ein Schülerbootshaus am Tegeler See, den Neubau von Volkshäusern in Hermsdorf, Wittenau, Lütbars, Reinickendorf-West und Baldmannslust, eine 2. Turnhalle für Borligwalde, Konradstraße, eine Doppelturnhalle für die Berufsschule Borligwalde, eine Waldschule in Tegel. Ferner verlangte den Neubau eines Jugendheims in Reinickendorf-West, eine Tribüne für den Sportplatz in der Scharnweberstraße, Umkleieräume für die Sportplätze Wittenau und Reinickendorf-Ost, Erweiterung des Sportplatzes Tegel, Einrichtung einer Schulabteilung, Errichtung eines Freibades am Tegeler See. Außerdem wurde Erweiterung des Krankenhauses, Neupflasterung der Residenz- und Marktstraße, der Stroßliger Chaussee bis Grenze Stolpe, der Eichenallee in Tegel, der Seidelstraße bis Spandauer Straße, des Schönholzer Weges, der Kirchenallee in Heiligensee und der Frohnauer Straße in Hermsdorf, die Herrichtung der Pionierbrücke in Baldmannslust und den Neubau einer Feuerwache in Tegel beantragt. Der Vorsitzende unserer Fraktion wies darauf hin, daß verschiedene Deputationen zu den Anforderungen noch nicht Stellung genommen hätten und verlangte zukünftig rechtzeitige Beratung in allen zuständigen Deputationen. Ferner beantragte er für die SPD-Fraktion den Neubau einer 2. Turnhalle in Tegel und eines Jugendheimes in Reinickendorf-Ost, sowie eine Bedürfnisanstalt an der Humboldt-, Ede Leichstraße. Die SPD beantragte 2000 M. für Anschaffung von Schülerbooten. Diese Anträge wurden von der Versammlung angenommen, so daß sämtliche einmaligen Anforderungen des Bezirks von circa 10 Millionen Mark einstimmig beschlossen wurden.

Saison-Ausverkauf

Besonders billige Ausverkaufsposten

Herrenjackettanzüge	17,—
Sportanzüge mit Breeches	21,—
Manchester-Sportanzüge mit Breeches	24,—
Vierteiliger Sportanzug mit kurzer und langer Hose	36,—
Herrenmäntel	21,—
Hochelegante Covercoatpaletots	45,—
Damenmäntel	49,—
Damenpelzjacket	49,—
Damenpelzmäntel	92,—
Herrensportpelze	98,—
Herrengehpelze	115,—
Herrenledersportjacke, braun	69,—
Damenledersportjacke	82,—
Automäntel, 120 cm lang, aus braunem Leder	93,—
Chausseuranzüge für den Sommer	26,—
Chausseurmäntel für den Sommer	22,50
Motorrad-Lederjacke, schwarz Chrom	82,—
Herrengummimäntel	9,75
Damengummimäntel	13,50

Imprägnierte Lodenmäntel	13,50
Herrenwindjacken, imprägniert	4,50
Damenwindjacken, imprägniert	8,50
Motorradkombinationen, imprägniert	12,—
Herrenlodenjoppen	6,75

Herrenstoffe haltbare Qualitäten der Lanitz, 140 cm breit Meter **1 50**

Reinw. blaue Kammgarnstoffe 7⁸⁰

140 cm breit, für Damenkostüme und Herrenanzüge Meter

Herrenwaschwesten, leicht angestaubt	1,25
Gestrelte Herrenhosen	2,95
Strang- und Tennissocken, weiß Körper	4,90
Herrenbroeche	4,90
Herrenwaschlappen	3,50

Reste und Abschnitte spottbillig

Herren-Lüstersakkos	5,75
Knabenwaschanzüge	2,50
Knabenpyjacks, für 3jährige Knaben	5,—
Jünglingsanzüge, Größe 38—43	17,—
Einsegnungsanzüge	21,—
Herren-Oberhemden, gestreift	1,90
Herren-Oberhemden a. vorzögl. Panamastoff, m. 2 Kr.	3,50
Selbstbinder, reine Seide, modernste Muster	0,85
Herren-Untergarnituren, Jacke und Hose, schöne Farben, Größe 3	2,65
Damen-Jacken, mit imit. Pelz reich garniert	8,90
Damen-Pullover-Kostüme, moderne Muster	6,75
Damen-Pullover, elegante Ausführung	3,90
Pullover, reine Wolle, für Herren und Damen	5,50
Kinder-Strickmäntel, Größe 40	2,—
Damen-Unterkleider, Kunstseide	1,50
Kunstseidene Damenstrümpfe, alle Farben, das Paar	0,95
Garten-Tischdecken für Resta. tours	1,10
Reisedecken, □ sehr elegant	8,50

BAERSONNEN N4, Chausseestr. 29/30

Untergrundbahn Stettiner Bahnhof

Auslandsanleihen - Wirtschaftsschicksal

Kritische Lage und Kapitalbedarf überall. - Freie Bahn für Auslandskredite.

Heute wird der Reichstagsausschuß für Steuerfragen zu der ersten Frage der Auslandskapitalbeschaffung für Deutschland erneut Stellung nehmen. Diese Debatte ist diesmal von besonderer Bedeutung. Die Inanspruchnahme der Reichsbank ist, wie wir mehrfach nachwiesen, auch nach der Diskonterhöhung auf 6 Proz. außerordentlich groß geblieben. Wenn auch der Juli vielleicht eine Erleichterung bringt, fällt in den August und die folgenden Monate der Geldbedarf für die Ernte, der erhöhte Ansprüche an den deutschen Kapital- und Geldmarkt und damit an die Reichsbank stellen wird. Das ist an sich eine jährlich wiederkehrende Erscheinung. Sie wird aber in diesem Jahre dadurch besonders fühlbar werden, daß im August und September sehr große Zahlungen auf Reparationskonten zu leisten sind und daß im Zusammenhang mit diesen Zahlungen sehr große Barübertragungen in Auslandskrediten zu erwarten sind, die der knappe Devisenvorrat der Reichsbank herzugeben nicht in der Lage sein dürfte. Außerdem fallen im November für fällige Rentenbankkredite fast 300 Millionen Rentenbankscheine aus dem Geldverkehr aus, die durch Reichsbanknoten ersetzt werden müssen, soll nicht die deutsche Kreditdecke noch kürzer werden.

Kreditverteuerung und ihre Folgen.

Aus diesen beiden Quellen wird also der Devisenvorrat der Reichsbank in Anspruch genommen werden, und wenn dieser Vorrat jetzt keine Auffüllung erfährt, so ist nicht abzusehen, wie hoch der Reichsbankdiskont heraufgesetzt werden muß, um den Notenumlauf und die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu verknappen und gleichzeitig kurzfristiges Auslandskapital heranzuziehen. Schon die letzte Diskonterhöhung hat auf die Konjunktur dämpfend gewirkt. Neue Diskonterhöhungen werden aber notwendig werden, um den Übertragungsbedarf des Reparationsagenten zu befriedigen und die erforderliche Deckung für die neuen Reichsbanknoten zu beschaffen, bzw. den Notenumlauf zusammenzuziehen. Die Wirkung solcher Diskonterhöhungen kann nur eine neue Krise sein, nachdem sich schon jetzt die ersten Anzeichen einer erneuten Zuspitzung der Wirtschaftslage deutlich erkennen lassen. Der Auftragssektor in der Schwerindustrie hat sich verlangsamt, und die Bautätigkeit beginnt in einzelnen Gebieten Deutschlands abzusinken. Auch nach den Wochenberichten der Landesarbeitsämter hat sich die Besserung am Arbeitsmarkt verlangsamt.

Die gefährliche Droffelpolitik der Reichsbank.

In diesem Augenblick, der schon voller Krisenmomente ist und in dem für die Zukunft neue Krisengefahren drohen, hat die Frage der Auslandsanleihen besondere Bedeutung. In ihrem Jahresbericht für 1926 hat die Beratungskommission für Auslandsanleihen mit Stolz festgestellt, es sei ihr gelungen, die Aufnahme von 430 Millionen Mark Kommunanleihen zu verhindern. Diese 430 Millionen entsprechen dem Jahreseinkommen von rund 200 000 Arbeitern. Rund 200 000 Arbeiter hätten ein volles Jahr mehr beschäftigt werden können, wenn nicht die Beratungsstelle, d. h. die Reichsbank, ihre segensreiche Tätigkeit mit einem so außerordentlichen Erfolge ausgeübt hätte. Weiteren 15 000 Arbeitern hat sie für die nächste kritische Zeit die Arbeitsgelegenheit für ein volles Jahr schon dadurch entzogen, daß sie von der Berliner Anleihe 30 Millionen abgestrichen hat.

Überflüssige Inflationsangst.

Eine wertvolle allgemeine Aufklärung.

Daß in den letzten Monaten die Preise gestiegen sind und daß mit Recht weitere Preissteigerungen, besonders durch die reaktionäre Zollpolitik, befürchtet werden, hat manche Kreise das Gespenst der Inflation wieder fürchten lassen. Auch die Enttäuschung der Börsenspekulanten, die Kreditknappheit, beides im wesentlichen eine Folge der besseren Konjunktur, verstärken die in weiten Kreisen verbreitete Unsicherheit, die Wirtschafts- und Währungsdinge verwechselt. Es ist deshalb ein Verdienst des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, wenn er die beunruhigten Sparer gründlich aufzuklären bemüht ist. Wir bringen den Wortlaut seiner Erklärung im folgenden zum Abdruck:

An der letzten Zeit sind auch aus Kreisen der Sparkassensparerschaft verschiedentlich Befürchtungen wegen einer Gefährdung der Währung laut geworden; sie haben in einzelnen Fällen zu Anträgen von Sparkassen auf Wiedereinführung der Wertbeständigkeitsklausel im Sparkassenerwerb geführt. Diese Befürchtungen geben auf irrtümliche Anschauungen über das Wesen der Inflation bzw. auf falsche Beurteilung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Währung und Preisgestaltung zurück. Sie entbehren jeglicher tatsächlichen Grundlage. Die deutsche Währung ist und bleibt stabil. Eine Darlegung der richtigen Zusammenhänge wird am wirklichsten die Aufklärung bringen, die notwendig ist, um eine Beunruhigung der breiteren Bevölkerungskreise über das Schicksal der Währung zu vermeiden.

Eine Inflation kann nur dann eintreten,

wenn der Zahlungsmittelumsatz den Bedarf der Wirtschaft an Umlaufgeld übersteigt, wenn mehr Geldzeichen ausgegeben werden, als der Verkehr benötigt. Ursachen einer übermäßigen Notenausgabe können Kreditansprüche des Staates und der Wirtschaft sein. Von beiden Seiten droht gegenwärtig der Währung keine Gefahr. Der Reichetat ist ausgleichend, notwendige Mehrausgaben können durch langfristige Anleihen, also ohne Beanspruchung der Notenbank, bestritten werden. Ein Rückgriff auf die Reichsbank ist im Gegensatz zur früheren Bankverfassung, nach dem neuen Bankgesetz auch nicht möglich; die Reichsbank ist ein autonomes Institut, das der Reichsfinanzverwaltung gegenüber seine Selbständigkeit zu wahren hat. Gegen zu starke Kreditansprüche der Wirtschaft kann sich die Reichsbank durch das Mittel der Diskontpolitik (Kreditverteuerung) und der Kreditrestriktion (Kreditbeschränkung) schützen; sie hat im Bedarfsfalle beide Mittel angewandt und ist, wie die Reichsbankleitung uns zu erklären ausdrücklich ermahnt hat, fest entschlossen, nötigenfalls, auch in Zukunft hieron unmaßsäßig Gebrauch zu machen. Die Währung wird unter allen Umständen stabil gehalten, wenn es sein muß, auf Kosten der Wirtschaft.

Ein sicheres Zeichen zur Beurteilung der Währungslage bildet die Höhe der Rotendeckung. Befürchtlich ist die Deckung bei

Während wir noch über 900 000 Arbeitslose haben, während gerade in Berlin die Arbeitslosenzahl noch immer erschreckend hoch ist, weil die Berliner Konjunktur der allgemeinen Konjunktur-entwicklung nur zögernd folgt - kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Politik des jetzigen Finanzausgleichs Berlin zu einem unentgeltlichen Kapitalexport ins übrige Deutsche Reich zwingt - hält es die Reichsbank für notwendig, das Auslandskapital künstlich von Deutschland fernzuhalten, mit dessen Hilfe wir Hunderttausende von Arbeitslosen beschäftigen könnten.

Die Politik der Reichsbank fußt auf der eigentümlichen Theorie, man müsse das Hereinströmen von sogenannten Konsumkrediten verhindern. Tatsächlich ist die Reichsbank bisher den Nachweis schuldig geblieben, daß Konsumkredite überhaupt verlangt und gegeben wurden.

Ein Kredit, der deutschen Arbeitern Arbeit gibt, ist kein Konsumkredit.

Oder will die Reichsbank im Ernst behaupten, daß es unproduktive Arbeit gäbe, für die irgendjemand bares und vollwertiges Geld gibt? Auch Badeanstalten, auch Spiel- und Sportplätze sind kein Luxus, sondern produktive Anlagen, wenn sie wirklich der Hebung der Volksgesundheit und Leistungsfähigkeit dienen. Und ist es nicht rentabler und produktiver, mit Auslandskapital für die Kräftigung unserer arbeitenden Jugend zu sorgen, als Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos werden zu lassen?

Steuertfreiheit für Auslandsanleihen.

All die Argumente, die für die Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Kommunen sprechen, soweit ihr Kapitalbedarf für produktive Zwecke im weitesten Sinne es erfordert, sprechen auch für die Freiheit der Anleiheaufnahme durch die Industrie. Als die Kapitalertragsteuer, d. h. die Erhebung einer Steuer auf Kapitaleinkommen an der Quelle, beschloffen wurde, dachte niemand daran, daß Deutschland so großen Kapitalbedarf haben werde, daß es ihn aus eigenen Mitteln nicht befriedigen kann. Es dachte also niemand daran, daß diese Art der Steuererhebung den ausländischen Käufer deutscher Wertpapiere zwingen werde, ohne daß eine wirkliche Steuerpflicht für ihn in Deutschland besteht, deutsche Steuern zu zahlen. Das muß ihn natürlich abschrecken, deutsche Anleihen zu zeichnen, die nicht von dem Abzug der Kapitalertragsteuer befreit sind. Soweit eine solche Befreiung nicht stattfindet, ist die Aufnahme von Auslandsanleihen fast unmöglich. Jetzt, wo wir dringend Auslandskapital brauchen, sind alle steuerrechtlichen Bedenken gegen eine Gewährung dieser Steuerbefreiung für Auslandsanleihen beiseite zu legen, während der inländische Kapitalertrag nach wie vor zu besteuern bleibt. Die Ermöglichung eines breiten Zutritts zum internationalen Kapitalmarkt ist jetzt das Gebot der Stunde, wollen wir nicht in eine neue schwere Krise hinein.

Wir hoffen, daß der Reichstag sich noch vor den Ferien entschließen wird, durch gesetzgeberische Maßnahmen, insbesondere durch die Aufhebung der gesetzlichen Grundlagen für die verhängnisvolle Tätigkeit der Beratungsstelle, dafür zu sorgen, daß dieser notwendige Kapitalstrom die deutsche Wirtschaft vor der Krise bewahrt, die im Anzuge ist. Jeder Verzug bedeutet eine Vergrößerung der drohenden Gefahren.

uns mit 40 Proz. des Notenumlaufes erheblich höher gesetzt, als die Bestimmungen des alten Bankgesetzes vorschrieben. Auch nach den Devisenabflüssen (Verkauf von Forderungen, die auf Dollar, Pfund Sterling usw. lauten) der letzten Monate verfügt die Reichsbank über völlig ausreichende Gold- und Devisenbestände, so daß die Deckungsgrenze stets eingehalten, ebenso aber notwendig werdende Interventionen (Eingriffe) am Devisenmarkt durchgeführt werden können. Sollte die Gold- und Devisendeckung sich zu stark verringern, so wird die Reichsbank jederzeit bereit sein, daraus die Konsequenz zu ziehen und den Notenumlauf einzuschränken.

Die Reichsbankleitung stellt die Währung und ihre Stabilität unbedingt über die Wirtschaft

und ihre Kreditbedürfnisse. Darin gehen mit ihr alle verantwortlichen Wirtschaftskreise vollständig einig.

Auch die Devisenpolitik des Reparationsagenten kann für die Währung nie eine Gefahr bilden. Doch bei dieser Sachlage Inflationsgerüchte überhaupt aufzutauchen können, läßt sich nur aus einer bedauerlichen Unwissenheit der Bevölkerung in Währungsdingen erklären. Die geplante Porto- und Tarifierhöhung, vereinzelte Preissteigerungen haben vor allem Besorgnisse hervorgerufen, weil man aus der Inflationszeit die entsetzliche Kette der Tarifierhöhungen, Lohnsteigerungen und Preissteigerungen kannte und fürchtete. Man übersieht jedoch dabei, daß Preisentwidelungen in normalen Zeiten (wie heute) von der Warenseite ihren Ausgang nehmen. Diese Wellenbewegung der Preise kannte auch die Weimarerzeit. Die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus, die wir in der Nachkriegszeit feststellen, ist keine deutsche, sondern eine internationale Angelegenheit. Bei vielen Erzeugnissen ist zudem die Preisgestaltung von den internationalen Marktverhältnissen direkt abhängig.

Wenn weiter darauf hingewiesen wird, daß immer noch langfristige Hypothekendarlehen und Anleihen auf Goldmark und nicht auf Reichsmark gestellt werden, so ist daran zu erinnern, daß diese Uebung schon in der Friedenszeit bestand. Auch damals war es unbenommen, langfristige Forderungen und Verpflichtungen auf Goldgrundlage abzuschließen. Im kurzfristigen Verkehr dagegen hat sich auch früher die Goldrechnung nie eingebürgert. Allgemein ist zur Wertbeständigkeitsklausel zu sagen, daß sie auch in der Zeit unmittelbar nach der Stabilisierung nur eine Zusicherung war und als solche angesehen wurde. Sie konnte in Fortfall kommen, ohne daß irgendwie Störungen im Einlagenzustand eintreten. Ihr Vorhandensein bzw. ihre Wiedereinführung im gegenwärtigen Augenblick wäre gleichbedeutend mit einer Mißtrauenskundgebung gegen die Währung und kann schon deswegen nicht in Frage kommen. In welchem Maß

das Ausland der neuen Währung vertrauen schenkt,

zeigt der Umstand, daß die Reichsmark und das Reichsmarkzept im internationalen Verkehr sich mehr und mehr einbürgern. Auch das deutsche Volk hat allen Grund, volles Vertrauen zur Währung zu haben. Strenge Gesetze und eine ihrer großen Verantwortungen bewußte Reichsbankleitung bieten die Gewähr für die unbedingte Aufrechterhaltung der Stabilität der deutschen Währung.

Wir haben dieser vernünftigen, klaren und richtigen Darstellung der Zusammenhänge nichts hinzuzufügen und hoffen, daß sie in weitesten Kreisen ihre Wirkung tut. In der Tat kann von Inflation keine Rede sein, wenn der Staat keine Schulden macht, die er nicht aus Steuern sofort oder später bezahlt und wenn die Reichsbank auf dem Posten ist, das heißt, die Währung über die Wirtschaft stellt. Das letztere ist mit reiflicher Deutlichkeit erklärt; die Reichsbank wird sich nicht weigern, es von sich aus noch einmal zu erklären. Also Schluß mit den überflüssigen Befürchtungen!

Sabotage des Preussischen Staatsrats.

Gegen das preussische Elektrowirtschaftsgesetz.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Staatsrats kam es bei der Beratung des vom Landtag beschlossenen Gesetzes über die Zusammenfassung der Elektrowirtschaft für die Unternehmungen und Beteiligungen des Staates in einer Aktiengesellschaft zur Ablehnung des Gesetzes. Gegen die 32 Stimmen der Regierungsparteien, wobei bemerkenswerterweise ein Teil der Zentrumvertreter gegen das Gesetz stimmte, stimmten 36 Staatsratsmitglieder der Opposition, wodurch für die Annahme des Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Preussischen Landtag zur Notwendigkeit geworden ist.

Der Preussische Staatsrat hatte seinerzeit erstens verlangt, daß im Falle einer Veräußerung von Aktien ein besonderes Gesetz erlassen werden muß und daß zweitens vom Staatsrat in den Ausschüssen einige Mitglieder delegiert werden. Der Landtag hatte den Einspruch des Staatsrates nicht berücksichtigt und den Regierungsentwurf unanändert und fast einstimmig angenommen. Obwohl Ministerialdirektor Dr. Jacques im Auftrage der preussischen Regierung erklärte, daß ein Verkauf von Aktien an das Ausland überhaupt nicht diskutabel sei und daß nur aus Gründen der kaufmännischen Zweckmäßigkeit bei dem allein in Frage kommenden Austausch von Aktien mit öffentlichen rechtlichen Körperschaften es bei der Zustimmung des Aufsichtsrats und der Generalversammlung bleiben sollte, hat sich die Opposition im Staatsrat mit dieser Erklärung nicht begnügt. Ebenso ging sie über die Zusicherung des preussischen Ministeriums hinweg, daß bei der endgültigen Beratung der Satzungen durch den Hauptausschuß des Landtages die Hereinnahme von Aufsichtsratsmitgliedern aus dem Staatsrat empfohlen werden soll.

Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß hinter der Opposition und hinter dem Beschluß der Mehrheit des Staatsrates nicht sachliche, sondern politische Gründe stehen. Die Öffentlichkeit wird deshalb diese Sabotage des Staatsrates gegen einen Beschluß des Landtages sich gründlich anzusehen haben. Dabei ist es von besonderem politischen Interesse, daß diese Stellungnahme sich zugleich gegen die Interessen gerade derjenigen landwirtschaftlichen Kreise richtet, die auf die Erweiterung und Verbesserung der Stromversorgung im Gebiete der preussischen Elektrowerke warten und die zum großen Teil den hinter der Opposition stehenden politischen Parteien die Wähler stellen.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

Nach den letzten Reichsbahnmitteilungen über die Entwicklung des Güterverkehrs ist bis zur 4. Juniwoche noch kein Rückgang des Güterverkehrs zu verzeichnen. In der Woche zum 25. Juni ist die arbeitsmäßige Wagenstellung, die in den drei vorhergehenden Wochen um 14 400 gesunken war, wieder um 6300 auf 150 400 Wagen gestiegen.

Tafelartige Uebersicht seit April. (In 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	1927	1926	1927	1926
3. 4.- 9. 4.	858,2	594,5	143,0	118,0	
10. 4.- 16. 4.	725,6	734,2	145,1	122,4	
17. 4.- 23. 4.	732,0	728,2	144,4	121,8	
24. 4.- 30. 4.	592,6	700,4	148,8	118,2	
1. 5.- 7. 5.	690,0	741,8	148,3	128,6	
8. 5.- 14. 5.	901,8	656,2	150,3	131,2	
15. 5.- 21. 5.	903,7	756,2	150,6	126,0	
22. 5.- 28. 5.	792,3	680,7	158,5	126,1	
29. 5.- 4. 6.	907,0	721,7	151,2	120,3	
5. 6.- 11. 6.	746,6	762,7	149,3	127,1	
12. 6.- 18. 6.	864,6	763,8	144,1	127,8	
19. 6.- 25. 6.	902,6	761,5	150,4	126,9	

Diese Erholung ist immerhin auffällig. Wenn heute auch normale Maßstäbe immer noch nicht angelegt werden dürfen, so ist doch zu beachten, daß der Monat Juni im allgemeinen einen saisonmäßigen Rückgang des Güterverkehrs zu bringen pflegt.

Wieder Umjahsteigerung der Konsumvereine.

Am Monat Mai stieg im Zentralverband deutscher Konsumvereine der Durchschnittsumsatz je Mitglied von 6,54 M. auf 6,75 M. Charakteristisch ist die Entwicklungslinie eines ununterbrochenen Aufstiegs von Januar bis Mai, und zwar von einem Durchschnittsumsatz je Mitglied von 5,88 M. an, während im Vorjahre der ununterbrochene Aufstieg erst mit dem Monat September einsetzte und die Monate April, Mai und Juni ein schlechteres Ergebnis aufwiesen als der Monat März. Hinsichtlich betrug der Umsatz in den ersten vier Wochen, über die berichtet wird, je 10,3 bis 10,6 Millionen Mark, während die letzte Woche, die einen Gehaltstag aufweist und zugleich auch die Woche vor Pfingsten war, einen absoluten Umsatz von 13,2 Millionen Mark brachte.

Der Großhandelsindex im Juni weiter gestiegen. Die für den Monatsdurchschnitt Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt 137,9 gegen 137,1 im Mai. Die Indexziffern der Agrarstoffe (139,9 gegen 139,3), der industriellen Rohstoffe und Halbwaren (131,6 gegen 131,2), der industriellen Fertigwaren (146,0 gegen 144,3) zeichnen sich auch im Durchschnitt Juni eine Erhöhung gegenüber dem Vormonat. Dagegen ist die Indexziffer der Gruppe Kolonialwaren von 128,7 auf 127,8 zurückgegangen. Der Gesamtindex ist um 0,6 Proz. gestiegen.

Generaldirektor Bergmann gestorben. Siegmund Bergmann, der Generaldirektor der Bergmann-Elektrizitätswerke, ist gestern in Berlin gestorben. Bergmann war der Begründer und Leiter der in den neunziger Jahren entstandenen S. Bergmann u. Co. A.-G., Fabrik für Heizer- und Leitungsröhren, Spezialartikel für elektrische Anlagen sowie der Bergmann-Elektromotoren- und Dynamowerke A.-G., die im Jahre 1900 zur heutigen Bergmann-E. & G. zusammengeschlossen worden sind. Der von ihm geleitete Konzern, der im hohen Norden Berlins den größten Teil seiner ausgedehnten Fabrikanlagen hat und mit dem das Schicksal von vielen Tausenden Berliner Arbeiterfamilien verknüpft war und ist, war sein persönliches Werk. Weniger als andere Industrieführer und sicher nicht zum Schaden des Werkes ist der verstorbenen Generaldirektor Bergmann in die Politik hinausgetreten. Er ist Fachmann und Industrieller geblieben, der sich allerdings stark für die Selbständigkeit seiner Werke einsetzte und mit dessen Tod die Konzentration in der elektrotechnischen Industrie wahrscheinlich freiere Bahn haben wird als bisher.

Räthe Rollwitz.

Räthe Rollwitz' Kunst.

Von Dr. Paul F. Schmidt.

Im gleichen Monat, da Max Liebermann 80 Jahre alt wird, ist Räthe Rollwitz 60 geworden. Der Unterschied von 20 Jahren ist nicht so groß, die Ausgangspunkte beider liegen nahe beieinander, aber ihr Ethos und ihr Entwicklungsgang geht diametral auseinander. Und das ist allerdings das Wichtigste, nicht etwa Technik und Format ihrer Kunst aber menschliche Umwelt.

In seinen Anfängen konnte man von Liebermann vielleicht annehmen, er werde zu ähnlichen Resultaten kommen, wie Frau Rollwitz schon vor ihrem 30. Jahre sie erreichte. Sieht man sich seine Landarbeiter und Schusterkinder aus den siebziger Jahren oder gar seine Reifestudien von 1889 auf ihr Inhaltliches an, so bemerkt man in gemäßigter Ausdrucksweise etwas, was mit dem Rollwitzschen Lebenswert nicht geringe Verwandtschaft besitzt: ein Gefühl für die Menschenwürde und Schönheit der proletarischen Arbeit. Die Reifestudien insbesondere sind wie ein hohes Lied der Aufopferungsfähigkeit der arbeitenden Frau. So positiv hat Räthe Rollwitz niemals den Arbeiter dargestellt. Aber freilich heißt es: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen; Geist und Bestimmung muß man in Rechnung stellen. Und so rasch Liebermann nach 1890 nicht etwa nur einer Auflösung aufbauender Form verfiel, sondern auch inhaltlich sich vom Volke abwandte und den bloß genießenden Menschen der Bourgeoisie malerisch verklärte, um so frohender erhebt sich um dieselbe Zeit das schöpferische Genie der Rollwitz, um sich der leidenden Menschheit zuzuwenden. Es ist das Herz, das Mitleiden mit dem Unterdrückten, das ihre Kunst vollkommen bestimmt. Was bedeutet denn letzten Endes die Verklärung der Handarbeit im Liebermannschen Sinne anderes als opportunistische Rechtfertigung der bestehenden Zustände!

Räthe Rollwitz hat sich vom ersten Augenblick ihrer selbständigen Tätigkeit an auf die Seite der Unterdrückten gestellt. Daß wir sie heute als einen der größten und tapfersten Künstler der Zeit feiern können und uns in Ehrfurcht vor ihrer stillen Größe neigen, liegt an der unerschütterlichen Vertiefung ihres hohen Ethos, ihrer grenzenlosen Liebe zur Menschheit mit einer ganz starken und selbständigen Schöpferkraft. Und diese doppelte Einschränkung müssen wir allen einseitigen Beurteilungen solcher Werke entgegenstellen: den fanatischen Betonern der Tendenz, daß aller redliche Wille wenig bedeutet ohne die Kunst zu einer vollkommenen Form; und den Bemühten ihrer ausdrucksfähigen Form, daß ohne den Geist der Liebe zu den Entrechteten alle Schönheit nur tönendes Erz und klingende Schelle wäre. Beides mußte in untrennbarem Verwachsenheit zusammenkommen, um die unergleichbare Größe dieser Kunst zu erzeugen.

Bemerkenswert bleibt die Duldung und bald auch Anerkennung, die sie seit ihrem ersten öffentlichen Auftreten 1898 (mit dem herrlichen Jaktus des Weberaufstandes) bei allen einigermassen Empfindenden genoss, so daß schon damals jener Jaktus in den Besitz des Berliner Kupferstichkabinetts übergeben und 1902 ihr Lehres eine vorzügliche Würdigung schreiben konnte: „so stark wirkte von Anfang an die künstlerische Vollendung und der hohe Ernst ihrer Arbeit. Daß man ihre Kunst fast nirgends für Tendenz genommen und auf der Plattform der über den Parteienstreit erhobenen reinen Werte besaßen hat, ehrt die Kritiker und gibt den Absichten der Künstlerin eine so nachdrückliche Gewalt, daß man sie getrost neben den großen Däumler zu stellen das Recht hat.“

Aber auch dem Freunde materialistischer Geschichtsauffassung und darwinistischer Theorie widerfährt die Genugtuung, daß ihre Geistigkeit keineswegs aus dem Nichts entstanden, sondern erblich wohl zu begründen ist. Sie wurde am 7. Juli 1867 in Königsberg als Tochter des Maurermeisters Karl Schmidt geboren, der schon Referendar war, als ihm seine freien und demokratischen Ansichten zur Ueberzeugung brachten, daß der juristische Staatsdienst mit seinem innersten Wesen unvereinbar sei — und einer Predigerstochter, deren Vater Kupp keine freireligiösen Ideen zülführen konnte. Ihr Bruder aber war Dr. Konrad Schmidt, der langjährige Mitarbeiter am „Vorwärts“, dessen erste Tag es war, als Räthe am 18. März 1885 nach Berlin kam, sie auf den Friedhof der Märzgefallenen zu führen.

Wenn man irrt, wenn man bei ihr von Anfang an ein festes Ziel von sozialistischer Gesinnung ermortet. Ihr war es zunächst lediglich um Erwerbung eines sicheren Könnens zu tun. 1885 kam sie für ein Jahr nach Berlin und zu Stauffer-Bern; und dieser vermittelte ihr die Bekanntschaft mit Klingers Radierungen, die bestimmend für ihre erste Epoche wurden. Nach weiteren Jahren im Königsberger Elternhaus, wo sie der Diez-Schüler Emil Reide nicht sonderlich förderte, durfte sie 1888 bis 1890 in München die Mailasse Hertzerichs besuchen, der sie zu dem kurzen Zerwege der Delmalerei verlockte. Erst in Königsberg lernte sie 1890 bei Bauer die Technik des Radierens. 1891 heiratete sie den Jugendfreund ihres Bruders, Dr. Karl Rollwitz, und zog mit ihm nach Berlin N.O., wo er Kassensatz unter der Arbeiterbevölkerung wurde; dort erst kam sie in Berührung mit dem Proletariat und seinem Glend, und dies gab ihr die Richtung ihres geistigen Seins und ihrer Kunst. Ihre Radierkunst, kostend, aber mit unbeirrbarer Klarheit die Form für den Ausdruck menschlicher Empfindungen suchend, fand 1893 bei der Uraufführung von Hauptmanns „Webern“ (durch Otto Brahm in der Freien Bühne) ihr erstes großes Thema, das sie in unermüdlicher Arbeit, in zahllosen Studien und technischen Umarbeitungen durch vier Jahre 1894 bis 1898 patierete und vollendete: der „Weberaufstand“, jene 6 Radierungen, die unsterblich geworden sind. Freilich werden sie nicht viele im Original kennen, weil nur sehr wenige Exemplare existieren; aber es tut auch die Reproduktion ihre ungeheure Wirkung und wird es auch fernher tun, solange es Hunger und Glend und Empörung der Beknechteten geben darf — gewaltiger und unmittelbarer als Hauptmanns Drama, das ihr nur den äußeren Anstoß gab. Daß ihre schöpferischen Arbeiten lange Zeit zum Ausreifen brauchten und das Resultat vieler eindrucklicher Studien waren, macht sie nicht geringer: die Kraft der Verknüpfung ist dadurch

nur stärker geworden. Diese große Künstlerin braucht kein Modell und keine historischen oder modernen Kostüme für ihre Schöpfungen, wie die Meister des Realismus von Menzel bis Liebermann; sie schöpft rein aus ihrer Vorstellung, und daß diese so überzeugend und real wirkt, daß ihre Werke stets den Eindruck reiner Natur machen, nur gestelgert zu unsohbarer, im Leben nie erschauter Intensität.



Räthe Rollwitz als Kind.

liegt an der Kraft ihrer Anschauung und an der inneren Wahrheit ihrer Gesichte. Ihre Phantasie bewegt sich im Umkreis der Wirklichkeit, die sie durch und durch kennt: nie hat sie anderes dargestellt als den müdebeladenen Menschen, den zu befreienden Proletarier. Auch die „Carmagnole“ der französischen Revolution (1901), auch die Blätter des „Bauernkriegs“, die sie 1905 bis 1908 radierete, sind selbsterlebter heutiger Geistes. Wenn Räthe Rollwitz seitdem, und mit den Jahren immer stärker, sich von revolutionären Vorwürfen entfernte und das Verhältnis von Mutter und Kind in den Mittelpunkt ihrer Kunst stellte, Glück und mehr noch Qual und Schmerz des Weibes um ihr Erzeugnis mit inbrünstiger Wahrheit und Liebe dargestellt hat in ergreifenden Lithographien: so liegt darin vielleicht eine leise Bänstigung der unerträglichsten Tragik ihrer Visionen. Sinn und Not des Schaffens sind die gleichen geblieben. Sie kann nicht anders: die Hölle irdischer Bedürfnisfragen hat sich zu tief ins Herz gegriffen. Ihre Kunst ist Notwendigkeit und diese Notwendigkeit wurzelt in der Erkenntnis allen Lebens, ab sie Unterdrückung, Hunger, Mutterschmerz heißt.

Darum ist auch die graphische Form ihrer Visionen notwendig. Farbe, Malerei behält instinktiv das Leben. Wer in seine Abgründe geblickt hat, wegt die schwere Last aufgelegt ist, „zu sagen, was er leidet“, der muß in der bildenden Kunst zur abstrakteren Form des Graphischen gelangen.

Aus Räthes Jugendjahren

Erinnerungen ihrer Schwester Lisbeth Stern.

Würde ein Großer von Räthes Kinderjahren erzählen, dann könnte er gewiß dieses und jenes berichten, das auch für die spätere Entwicklung wesentlich erzieht. Das kann ich natürlich nicht. So felt wir auch durch die ganzen Kinderjahre innerlich und äußerlich zusammengeklüppelt waren, weiß ich von ihr natürlich doch nur das, was uns gemeinsames Leben anging, und das wird natürlich nicht alles gewesen sein, zumal ich ja auch einige Jahre jünger war!



Die Freiwilligen.

(Aus der Bilderfolge „Der Actag“, Kunstverlag Emil Richter, Dresden.)

Unser Leben war aber sehr schön! — Dabei ist es eigentlich ganz ohne äußere Begebenheiten verlaufen! Nichts von abenteuerlichen Schicksalen gab es in unserem Haus. Es war im allerbesten Sinn streng bürgerlich mit guter Ordnung und regelmäßiger Tag-einteilung, und wir Kinder waren mit den Eltern, den Großeltern und den Freunden der Eltern gut und ehrfürchtig verknüpft. Für die Eltern ergänzte sich das Haus durch die Gemeinde — oder vielmehr war ihnen wohl die Gemeinde der Mutterstamm und ihr Haus der Sprößling! — In dieser Gemeinde waren sie jeden Sonntagvormittag und jeden Dienstagabend (der Bruder Konrad und die ältere Schwester mußten schon mitgehen) — und so gehörten uns diese Stunden ganz allein! Die Spannung und Festigkeit, und schließlich auch die Festlichkeit, die über diesen Stunden lag, gehört zu den stärksten Erinnerungen aus der Kindheit. Die Studien gehörten uns, und wir haben denn auch herrlich gespielt. Schon früher hatten wir immer getuscht. Bei Sander in der Königstraße gab es Bilderbogen mit den Figuren aus den verschiedensten Theaterstücken und Opern. Robert der Teufel, Tell und Tamnhäuser — die haben wir alle getuscht, und sie waren die Helden von den Sonntagvormittag- und den Dienstagabendstunden. Räthe war natürlich die Angehende, aber ich verstand gut mitzulaufen, und ich glaube, ich war ein guter Kunspan. Alle Liebesphantasien, an denen man in den Jahren so so überreich ist, lassen in die Wuppen — und wenn die Venus mit dem Montgomery in der gerafften Gardine sah und die Verfolger sie nicht fanden, oder wenn die Jungfrau von Orleans verbrannt wurde und ihr Freund am Scheiterhaufen zusammenbrach, dann lassen unsere Seelen wirklich über. Die Inbrunst des Erlebens ist in jenen Jahren soviel größer als jemals nachher! — Manchmal haben wir auch selbst Theater gespielt mit endlosen Verkleidungen — Räthe der Vielhaber, ich die Geliebte —, aber diese Spiele sind mir lange nicht so schön in Erinnerung!

Wir gingen auch viel spazieren — jeden Tag! Da haben wir uns geschmorn, nie in unserem Leben Handschuhe zu tragen — nie untergeht zu gehen, und das Halstuch trugen wir wie Bard Byron gekniet und über die Schulter geweht. — Wir hatten einen großen Beter, der damals in dem gesegneten Zustand der Verlobtheit stand und uns einen Vortrag hielt über die „wahre Liebe“ — und da besaß ich mich noch genau, wie Konrad, Räthe und ich mit Hohn-gelächter die wahre Liebe verlästert haben und sie ein Fräulein der Dummköpfe nannten. — Dabei kann es doch mit unserer Frechheit gar nicht weit her gewesen sein. In Wirklichkeit, glaube ich, haben wir sehr „anders“ aus. Ich weiß wenigstens, daß wir immer und immer rot wurden, und daß wir, wenn die „jungen Leute“ da waren, nur sehr schwer durch das Zimmer gehen konnten. Dabei haben die Eltern wirklich alles getan, was sie nur konnten, um uns ein etwas gesichertes Blut mitzugeben — es waren immer sehr viel Studenten und andere junge Menschen bei uns —, aber das half alles nichts! Wenn nicht irgendeine Festtaube oder eine Diätstückerin uns in Schwung brachte, steckten wir wie in einem Sack! — Immerzu waren wir auch verliebt! Auf Räthe kam mehr die geistige Aufsicht, und ich hielt mich an die übrigen. Dabei muß man aber nicht etwa denken, daß unsere Liebesdinge auch nur entfernt dem ähnlich waren, wie sie jetzt in Berlin wohl von den jungen Mädchen gehandelt werden! Ein Blick und ein Handdruck genügt vollständig, um einen Strom von Gefühlen zu Weis, mit denen man dann in seine Stube oder in sein stilles Bett flüchtete. Mit eigentlichen Gesellschaftskreisen ist es keinem von uns — besonders nicht der Räthe — geglückt, da stand ihr eine unüberwindliche Talentlosigkeit im Wege.

Die Räthe fühlte sich wohl dem Vater besonders nahe — mehr als dem Großelternhaus und der Gemeinde, und ich glaube auch, daß er an Konrad und ihr ganz besonders hing. Er erwartete von ihrer Kunst sehr viel. Und darin, wie seine Ideen von der Kunst — die natürlich früher ganz anders waren — sich jetzt mit den Kindern mitentwickelten, zeigte sich seine so wunderschöne Jugendlichkeit, die ihm eigen blieb bis ins letzte Alter, obwohl er seelisch oft sehr schwer und trübe war; nie war die Tür geschlossen für weiteres Lernen! Dafür konnten wir alle ihm nicht genug danken.

Ausgewachsen sind wir natürlich ganz in der Tradition der „hohen Kunst“. (Ich besinne mich auch auf eine große Zeichnung von Räthe „Luther verbrennt die Bambulle“ — wo wir alle sehr die „Charakterköpfe“ aus dem umstehenden Volk bewundern.) Als die Spiele am Sonntag aus waren, gingen wir nach der Gemeindeversammlung immer in das Museum. Aber das Königsberger Museum von damals muß man gekannt haben! — Auf der einen Seite die Gipsabgüsse mit ihrer eingestauten Wesse — und dann die Galerie — Lessings „Cromwell“, Beizogger usw. Wir kannten tatsächlich nichts anderes von Kunst und hatten dieses so sehr in uns aufgenommen, daß wir zuerst wie blind waren. Als nun die Räthe 17 Jahre war, machten wir unsere erste große — wunderschöne — Reise nach dem Engadin, und bei der Durchfahrt durch Berlin besuchten wir unsere verheiratete Schwester in Erkner. Bei ihr lernten wir Berhart und Karl Hauptmann und Arno Holz kennen. Die Tage waren sehr entscheidend für uns. Beide Hauptmanns und Holz — noch ganz jung und sehr freisinnig — unternahmen einen regelrechten Feldzug gegen unsere Kunst und warfen alles über den Haufen. Die „Lebensmüden“ von Reide — uns ein Inbegriff des Modernen — nannte Holz ein Bild für Dienstmädchen, und unsere Kunst überhaupt ein Lämmchen mit dem rosa Band! Das laßt! Von da ab öffnete sich für Räthe das Neue Schritt für Schritt! Sie blieb anschließend an die Reise im Winter zum Studium in Berlin, und da packte sie die Großstadt — überhaupt die Gegenwart mit allem, was sie in sich schließt — wie ein Raubtier. Ich weiß noch, als wir sie einmal besuchen kamen und sie mir „Berlin!“ zeigte. Jede dunkle Ecke, jede Bumsstrecke, die man hinter den Türen einer Kneipe hörte, lösten einen Kampf aus, der ins Gigantische stieg. Klingner war Parole! Dann kam ein Jahr Königsberg unter Reide — in meiner Vorstellung ein Jahr ohne rechte Beschwingtheit —, dann aber München mit dem ganzen Glanz, den es damals für die jungen Leute hatte! — Als Räthe einmal zu den Ferien zurückkam, hatte sie ein selbstgemachtes Kleid an — hellblau gestreift —, ein ganz armseliges Sackchen — damals eine vollständige Unmöglichkeit! — Auch hatte sie eine neue Methode, Strümpfe zu stopfen — dieses Garn doppelt genommen — das ging wie der Wind! Die Mutter sah zu dem offen recht ernst drein — aber der Räthe ging es herrlich! — Ich ging damals meiner Verheiratung entgegen und hielt mich recht feierlich, so daß ich zu all den wilden Klängen auch ein etwas säuerliches Gesicht machte.

Und dann kam die Verheiratung mit Karl Rollwitz, mit dem sie schon lange verlobt war. Und hier im Zusammenhang mit dem, was die Ehe brachte — ich meine auch mit den Kindern — hat ihre Kunst erst ihren eigentlichen Weg gefunden — als wenn sie da erst recht ihre Wurzel hat in die Erde schlagen können, und was dann daraus gewachsen ist, das gehört nicht nur uns und der Familie, das gehört eben allen.

Die Arbeitslosenversicherung verabschiedet

Mit 356 gegen 47 Stimmen. — Endabstimmung über das Kriegsgerätegesetz: 349 für, 44 dagegen; ein Teil der Deutschnationalen drückt sich.

Präsident Löbe eröffnete die gestrige Sitzung des Reichstags mit folgenden Worten: Heute früh erreichte uns die Kunde, daß der Staatspräsident Wilhelm Slos im hohen Alter gestorben ist. Schon im Jahre 1877 wurde er zum erstenmal in den Reichstag gewählt, zwanzig Jahre lang hat er ihm als rüstiges und von allen Parteien hochgeachtetes Mitglied angehört. Auch nach seinem Ausscheiden aus diesem Hause hat er noch im hohen Alter von 70 Jahren schwierige Ämter übernommen und dabei sein reiches Wissen und seine ganze Kraft zur Verfügung gestellt.

Der Reichstag hat sich zu Ehren des Gestorbenen von den Plätzen erhoben. Dem Präsidenten wird die Genehmigung erteilt, den Hinterbliebenen die Teilnahme des Reichstags auszusprechen.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die dritte Lesung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung.

Abg. Grafmann (Soz.)

Meine Partei ist an die Beratung dieser Vorlage mit dem rechten Bestreben herangegangen, sie so auszugestalten, daß sie für die arbeitende Bevölkerung als annehmbar erscheinen konnte. Trotz einiger dabei erreichter Verbesserungen bleiben noch verschiedene sehr ernste Bedenken übrig. Wir haben besonders feststellen müssen, daß bei diesem Gesetz ein Rückfall in ganz überholte Anschauungen erfolgt ist. Nicht die Versicherten selbst haben die Organe der Verwaltung zu bestimmen, sondern das tut der Reichspräsident. Gegen diese Handhabung bei einem Gesetz, das auf der Selbstverwaltung aufgebaut ist, erheben wir ganz entschiedenen Protest. Gegenüber einer Behauptung eines völkischen Redners ist festzustellen, daß die Inhaber des Versorgungsscheines bei der Bezeichnung von freien Stellen bei den Organen dieses Gesetzes nicht ausgeschlossen werden sollen. Da aber auch hierbei die Arbeitsvermittlung, die Berufsschulung usw. eingeschlossen ist, so ist die Voraussetzung für die Einstellung von Beamten eine besondere Feinfühligkeit, ein Einleben in die Verhältnisse, das man von einem Mann, der zwölf Jahre in der Kaserne gelebt hat, nicht ohne weiteres erwarten kann. (Sehr richtig! links.)

Wir fordern die vollkommene Vereinheitlichung des Arbeitsnachweises und die Befreiung aller Stellenvermittlungen, die auf gewerblicher oder politischer Grundlage beruhen.

In dem Ausschluß landwirtschaftlicher Arbeiter mit längeren Verträgen und des ländlichen Gesindes aus der Versicherung sehen wir ein Unrecht, das durch nichts gutgemacht werden kann. Wir sind ferner nicht einverstanden mit der Regelung der Unterstützung beim Streit. Die Möglichkeit besteht, daß sogar bei ausländischen Arbeitstämpfen, wenn es infolge Rohstoffmangels zu Betriebsstörungen kommen würde, deutschen Arbeitern die Zahlung von Erwerbslosenerhaltungszulagen entzogen werden kann. Auch durch einen Streik im Hamburger Hafen könnten hiesigen landwirtschaftlichen Arbeiter, die in den Fabriken beschäftigt sind, die Unterstützung entzogen werden. Soll das geschehen, so ist die Voraussetzung für die Einstellung von Beamten eine besondere Feinfühligkeit, ein Einleben in die Verhältnisse, das man von einem Mann, der zwölf Jahre in der Kaserne gelebt hat, nicht ohne weiteres erwarten kann. (Sehr richtig! links.)

Wir sehen ferner in der Vorschläge über die Anwartschaft von 26 Wochen eine außerordentlich hohe, wir beantragen deren Verkürzung auf die Hälfte.

Gerade die Arbeiter, die zuletzt in den Betrieb eingestellt werden, werden in der Regel zuerst wieder auf das Pflaster gestoßen, sie würden in unzähligen Fällen die Anwartschaft von 26 Wochen gar nicht erreichen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir begrüßen es, daß weitere Möglichkeiten für die Berufsausbildung, für die Lohnstaffel bei den Unterstützungsfällen eintreten, das ist auch die Meinung der erdrückenden Mehrheit der Arbeiter in Deutschland.

Der Abgeordnete Molkenhauer hat sich in der Debatte gegen eine Zehnjährigkeit der Mittel gewandt, weil ja jetzt die Arbeitslosigkeit abnehme. Wie aber, wenn die Arbeitslosigkeit wieder erheblich zunehmen sollte, wo sollen dann die Mittel zur Unterstützung herkommen? Gegenüber der Behauptung eines anderen Redners, daß schon die kaiserliche Regierung während des Krieges für die Arbeitslosen gesorgt habe, ist festzustellen, daß wohl eine solche Verordnung erlassen wurde, die Durchführung und die Ausbringung der Mittel ist aber den Gemeinden überlassen worden, die sich vielfach um die Versorgung gar nicht gekümmert haben. Es bleibt bei der Feststellung, daß die Regierung der Reichsbeauftragten zum ersten Male in Deutschland die Erwerbslosenerhaltung eingeführt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegenüber der Behauptung des Abgeordneten Lambach, daß mit der bekannten kaiserlichen Verordnung die Sozialgesetzgebung in Deutschland eingeführt worden sei, brauche ich nur an das Wort Bismarcks zu erinnern, daß ohne die Sozialdemokratie überhaupt keine Sozialpolitik betrieben worden wäre.

Wir werden uns mit allen Mitteln gegen die Erschlaffen wenden und freuen uns besonders darüber, daß bei diesem Gesetz die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten verhindert worden ist.

Gegenüber der Staffeln ist der Vorwurf erhoben worden, sie werde zum Schaden der Arbeiter ausschlagen. Nun ist demgegenüber die Feststellung des deutschnationalen Abgeordneten Pfeffer äußerst interessant, daß dieses Gesetz die Arbeiterchaft sehr härten werde. Für manche Parteien bedeutet dieses Gesetz einen Rückschritt, für uns ist es erst eine Etappe zu weiteren Fortschritten. Es enthält ein wertvolles Gut, die Selbstverwaltung; sie muß weiter entwickelt werden zu freier Verantwortung. Das Gesetz enthält aber noch ein hohes erzieherisches Moment. Die Arbeiter sind darin nicht nur Beitragszahler, sondern sie treten jetzt auch unmittelbar als Organe der Verwaltung auf. Sie erhalten einen erweiterten Einblick in das Steigen und Fallen des Wirtschaftsbaremeters. Stärker als bisher werden sie auf die Notwendigkeit gestossen, sich um wirtschaftliche Fragen zu kümmern.

Es ist durchaus berechtigt, wenn durch dieses Gesetz an die Arbeiter die Mahnung ausgesprochen wird: um deine eigene Sache handelt es sich, kümmer dich um die Wirtschaft!

In der politischen Lage und an den wirtschaftlichen Voraussetzungen wird freilich durch dieses Gesetz nichts geändert, aber es enthält für

die Arbeiter einen wertvollen Auftrieb zu wirtschaftlicher Befundung. Wir wollen weiterkämpfen, um Zustände zu schaffen, durch die dieses Gesetz und ähnliche überflüssig werden. Wir wollen Zustände herbeiführen, in denen jedem, der arbeiten will, Arbeit und Brot garantiert wird. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Lambach (Dnat.) behauptet, daß bei diesem Gesetz auch prominente sozialdemokratische Gewerkschaftsführer die Sozialpolitik der Bürgerblockregierung rühmend anerkennen müßten. Der Redner empfiehlt eine Entschleunigung, in der die Regierung um eine Nachprüfung ersucht wird, ob später die Zulassung von Erschlaffen erwogen werden kann.

Abg. Brünninghaus (D. Sp.) sieht in der Bestimmung, daß bei der Stellenbesetzung in der Versicherung die Versorgungsanwärter nicht bevorzugt werden dürfen, einen Rückschritt. Die Angehörigen der Reichswehr seien auch vier Jahre lang in verwaltschaftlichen und Bureauarbeiten ausgebildet, so daß sie gut vorbereitet die Stellen in der Versicherung einnehmen könnten.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Kädel (Komm.) und Stöhr (Völk.) wird die Aussprache geschlossen.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Rundmehr soll die namentliche Abstimmung über das Gesetz über Kriegsgerät, die am Mittwoch ausgelegt wurde, vorgenommen werden.

Ein Antrag des Abg. Frid (Völk.), die Abstimmung bis nach der Zusammenkunft des Völkerbundes im September zurückzustellen, wird gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt.

349 Abgeordnete stimmen für, 44 Abgeordnete gegen das Kriegsgerätegesetz, 8 Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Das Gesetz über Kriegsgerät ist also mit verfassungsmäßiger Mehrheit angenommen. Die Bänke der Deutschnationalen weilen bei der Abstimmung große Lücken auf. Bei den Völkischen wird bei der Verkündung des Ergebnisses Pfui gerufen.

Eine Vorlage über Verlängerung des Steuerermäßigungs-gesetzes wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Der Schutz der Schwangeren.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft in Verbindung mit der Vorlage des Washingtoner Abkommens über diese Frage.

Der Sozialpolitische Ausschuß, über dessen Verhandlungen Abg. Frau Schröder-Schleswig-Holstein (Soz.) berichtet, beantragt die Annahme der Vorlagen. Sie haben eine ganz besondere Bedeutung deshalb, weil sie im Interesse des Schwangerschutzes wesentlich erweitern und auf das Ausland beispielgebend wirken werden.

Abg. Frau Nemih (Soz.)

erinnert daran, daß die Sozialdemokratie schon seit Jahren die Ratifizierung dieses Abkommens verlangt hat. Das gleiche hat die Tagung der Arbeiterwohlfahrt in Jena getan. Leider sind aber die Forderungen, die die Sozialdemokratie zur Verbesserung dieses Gesetzes gestellt hat, im Ausschuß nicht angenommen worden. Wir wiederholen jetzt diese Anträge. Der in der Vorlage vorgesehene Schutz muß auf alle im Erwerbsleben tätigen Frauen ausgedehnt werden, besonders aber auf die Landwirtschaft und die Haushaltungen. Wenn aus der Internationalen Arbeitskonferenz diese Forderung mit größerem Nachdruck verbalen wäre, dann wären sie dort wohl erfüllt worden. Die Arbeit der Landarbeiterinnen ist mindestens so schwer wie die in Handel und Gewerbe. Wir wollen nicht Mütter zweier Kategorien, sondern solche Mütter haben, die als gleichberechtigt vom Gesetzgeber behandelt werden. (Sehr wahr bei den Soz.) Unbedingt notwendig ist aber auch die Ausdehnung des Schwangerschutzes auf die Hausgehilfinnen. Ihre Arbeit ist außerordentlich schwer und gar nicht mit der Tätigkeit der Hausfrauen zu vergleichen. Helfen Sie uns die werdenden Mütter aus der Arbeiterklasse zu schützen, sorgen Sie mit uns, daß die werdenden Generationen nicht vorzeitig zugrunde gerichtet werden! Wir wissen aus den Veröffentlichungen des Textilarbeiterverbandes, wie schädlich die schwere Arbeit für die schwangeren Frauen ist. Wenn sie ihre Tätigkeit, wie der Arbeitgeberverband es behauptet, erst wenige Tage vor ihrer Niederkunft niederlegen, so tun sie es aus bitterer Not, weil ihr Verdienst zu gering, weil sie keine Ersparnisse machen können, um ihrer schweren Stunde mit Ruhe entgegengehen zu können. Das trifft ebenso wie auf die Textilindustrie vor allem auf die Landwirtschaft zu. Die Rednerin führt eine Reihe von Beispielen dafür an, in welcher brutalen Weise Großgrundbesitzer und ihre Gehilfen die schwangeren Landarbeiterinnen behandeln.

Wir beantragen, daß die Schwangeren acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden dürfen.

Wir müssen endlich dafür sorgen, alle im Erwerbsleben stehenden Frauen einen ausreichenden Schwangerschutz zu geben. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt, die vorläufige Ausschaltung der Landwirtschaft aus diesem Gesetz solle keineswegs bedeuten, daß die Regierung die in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen und ihre Kinder schutzlos lassen will. Das Washingtoner Abkommen habe aber die Landwirtschaft nicht berücksichtigt und darum sei sie auch aus dem vorliegenden Gesetz herausgelassen worden. Die Reichsregierung werde sobald wie möglich in einem besonderen Gesetz den Schutz der in der Landwirtschaft tätigen Frauen regeln.

Die Beratung wird hier unterbrochen durch die namentliche Schlussabstimmung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Das Gesetz wird angenommen mit 356 gegen 47 Stimmen der Kommunisten und Völkischen bei 16 Stimmenthaltungen.

In der Weiterberatung der Mutterchutzvorlagen verlangt die Abg. Frau Krensch (Komm.) Arbeitsbefreiung drei Monate vor und acht Monate nach der Niederkunft.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) bedauert, daß in diesem Gesetz wieder einmal gerade die Landwirtschaft ausgenommen sei, bei der der Mutterchutz am nötigsten wäre.

Abg. Frau Teusch (Z.) bittet die Regierung, die vom Minister gegebene Zusage eines besonderen Gesetzes für die Landwirtschaft möglichst schnell zu verwirklichen. In der Erwartung dieses Gesetzes werde das Zentrum die jetzt gestellten Änderungsanträge ablehnen.

Die sozialdemokratischen Änderungsanträge werden abgelehnt, bei der Auszählung des Hauses mit 204 gegen 145 Stimmen. Auch der Antrag auf Streichung der ersten drei Paragraphen, die vom Schwangerschutz die arbeitenden Frauen in der Landwirtschaft und in den Haushaltungen ausnehmen. Die beiden Vorlagen werden sodann in der Ausschlußfassung in der zweiten und dritten Beratung angenommen.

Der Ausschußbericht über die Bewertung des im Falle einer Besatzungsverminderung freigewordenen Eigentums wird ohne Aussprache entgegengenommen.

Zur Beratung kommt noch ein Antrag der Regierungsparteien auf Änderung des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues und Änderung der Personalabbauregung. Der Antrag will die Verlängerung dieser gesetzlichen Bestimmungen bis zum 31. Juli 1928.

Abg. Frid (Nat.-Soz.) verlangt die Wiedereinstellung aller Wartestandsbeamten.

Abg. Steinfopf (Soz.)

betont, daß es sehr gar keine Schwierigkeiten bereitet, diese Frage endlich zu einer befriedigenden Lösung zu bringen. Den nationalsozialistischen Antrag werde die Sozialdemokratie unterstützen. Es handle sich darum, den Beamten die von ihnen erworbenen Rechte wiederzugeben. Hier haben die Regierungsparteien Gelegenheit, ihren guten Willen zu zeigen. Aber in dieser Frage ebenso wie bei der Besatzungsordnung sind die Regierungsparteien gar nicht willens, den Beamten das zu geben, was ihnen gebührt.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnt.) behauptet, daß durch die Verlängerung des Gesetzes kein Beamter geschädigt werde, denn die Regierung habe die Rückwirkung der kommenden neuen Vorlage auf alle am 1. April 1926 in den Ruhestand verlegten Beamten zugesagt.

Ministerialdirektor Lohholz bestätigt die Mitteilung.

Abg. Brodauf (Dem.) und Torgler (Komm.) erklären sich für den Antrag Dr. Frid. Der Antrag wird von den Regierungsparteien abgelehnt, der von ihnen gestellte Antrag angenommen. Gegen 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 13 Uhr.

Heute zweite Lesung der Zollvorlage!

Bei der Feststellung der Tagesordnung beantragt Abg. Schäfer (Komm.) einen von seiner Partei eingebrachten Antrag zum Wiedereinsetzen auf die Tagesordnung zu sehen. Er widerspricht ferner der Aufhebung der dritten Lesung der Zollvorlagen und der Änderung des Arbeitsgesetzes in Bäckereien und Konditoreien.

Abg. Haas (Dem.) beantragt eine von seiner Partei eingebrachte Interpellation über die Abfindung der Liquidationsgeschädigten auf die Tagesordnung zu sehen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) schlägt sich dem Widerspruch gegen die Aufhebung der dritten Lesung der Zollvorlagen und der Bäckereiregung an.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärt, daß die Frage, die die demokratische Interpellation behandelt, in Form eines Gesetzesentwurfs in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugeleitet und veröffentlicht werden solle.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wird auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt: Zweite Lesung der Zollvorlagen, zweite Lesung des Steuerermäßigungs-gesetzes, Änderung der Bäckereiregung, Verlängerung des Saarabkommens, kleinere Vorlagen.

Haushaltsauschuß gegen Portoerhöhung.

Postminister Schädel bleibt harinädig.

In der fortgeführten Debatte im Reichshaushaltsauschuß am Donnerstag über die Erhöhung der Postgebühren polemisierte der Postminister Schädel gegen den Genossen Dr. Hilferding und die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen, durch die die bezugsfähigste Portoerhöhung überflüssig werden könne. Er weist dabei darauf hin, daß die vom Genossen Dr. Hilferding angegebenen Erfahrmahnahmen teils nicht in Frage kommen, teils von der Reichspost bereits ergriffen worden sind. Insbesondere erörtert er eingehend die Frage der Aufnahme von Anleihen. Er beabsichtige Anleihen aufzunehmen, aber nur für werdende Zwecke, wie es in jedem anderen kaufmännisch geleiteten Betriebe der Fall sei. Ueber den Postautoverkehr werde dem Ausschuß binnen kurzem eine Denkschrift zugehen, aus der hervorgehe, daß dieser Verkehr keinen Verlust, sondern einen reinen Ueberschuß abwerfe. Die Miet-erhöhungen, der Unterhaltungsdienst, die in Aussicht genommenen Besoldungserhöhungen erfordern einen Mehrverbrauch für laufende Ausgaben von 427 Millionen Mark. Diese laufenden Ausgaben könne er durch Anleihen nicht decken. Nach seiner Ueberzeugung bestehe nach wie vor die Notwendigkeit einer alsbaldigen Gebührenerhöhung.

Abg. Torgler (Komm.) ersucht demgegenüber den Minister, eine Vorlage auf Gebührenerhöhung nicht wieder einzubringen.

Abg. Dr. Quack (Dnat.) macht darauf aufmerksam, daß für die Gebührenerhöhung der Reichspost nicht zuständig sei, sondern nur der Verwaltungsrat und die Reichspost selbst. Er halte mit dem Abg. Dr. Hilferding die Möglichkeit der Anleihen für größer als der Minister und bitte um nochmalige Prüfung. Vielleicht brauche auch die Gebührenerhöhung nicht so weit zu gehen, wie sie zuerst geplant gewesen sei. Die Frage, ob das Reichspostfinanzgesetz nicht geändert werden müsse, sei ernstlich zu prüfen. Gegenwärtig befinde sich der Postminister in einer Doppelstellung als Reichsminister und Leiter eines selbständigen Betriebes.

Abg. Rathig (Dem.) erklärt, die Gebührenerhöhung habe Zeit bis zum Herbst. Der Zentrumsgewählte Melotte betont, der Verwaltungsrat habe selbständig über die Gebührenerhöhung zu beschließen. Abg. Mollath (Wirtsch. Verein.) tritt der Ansicht vom Genossen Hilferding bei, daß die Reichspost mit Hilfe von Anleihen um die Portoerhöhung herumkommen könne. Auf Ausführungen des Abg. Morath, daß der Reichstag die Gebührenerhöhung gar nichts angehe, mahnt Genosse Hilferding, die Souveränität des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost nicht so stark zu betonen, sondern sei nur der Reichstag. Auch Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) führt aus, daß, wenn auch für die Verwaltung der Minister und der Verwaltungsrat die Verantwortung trage, so habe der Haushaltsauschuß die Verantwortung für das Eigentum des Reichs.

Da Anträge von keiner Seite eingegangen waren, wurde die Angelegenheit als durch die Besprechung zunächst erledigt bezichnet.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

Stabilisierung der Krise.

Vergleicht man die Arbeitslosenziffern der Monate April oder Mai mit denen des Vormonats, so zeigt es sich, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den meisten Ländern ziemlich un-
ändert geblieben ist. Wenn man aber die vorliegenden Ziffern denen des gleichen Monats des Jahres 1926 gegenüberstellt, so ist im allgemeinen ein geringer Rückgang oder sogar ein Stillstand zu verzeichnen, während nur in wenigen Ländern eine ins Gewicht fallende Steigerung der Arbeitslosenziffer wahrzunehmen ist. Besonders groß ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Polen und Deutschland, während andererseits Rußland und Italien eine ganz bedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit aufweisen. Die Befürchtungen, die im Zusammenhang mit der Stabilisierung der französischen und belgischen Währung in bezug auf die Arbeitsmarktlage genährt wurden, haben sich nicht verwirklicht. Nach den uns vorliegenden Angaben geben wir folgende Uebersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

Australien: Nach den Angaben der über Arbeitslosigkeit berichtenden Gewerkschaften mit circa 442 000 Mitgliedern waren im ersten Vierteljahr 1927 3,9 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 5,7 Proz. im vierten Vierteljahr 1926 und 6,7 Proz. im ersten Vierteljahr 1926. In Neu-Seeland waren von circa 45 000 Gewerkschaftsmitgliedern im ersten Vierteljahr 1927 9,4 Proz., im vierten Vierteljahr 1926 6,7 Proz. und im ersten Vierteljahr 1926 5 Proz. arbeitslos.

Belgien: Nach den Angaben von 143 Arbeitslosenfassen mit 608 250 Mitgliedern waren am 30. April 10 600 oder 1,7 Proz. gänzlich und 21 308 oder 3,5 Proz. der Mitglieder teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentlagen waren im Vormonat 1,8 und 3,1, Ende April 1926 1,2 und 2.

Dänemark: Nach den Angaben der Gewerkschaften (274 428 Mitglieder) und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Mai 20,1 gegen 23,6 im Vormonat und 14,7 Ende Mai 1926. Mitte Juni wurden im ganzen Lande 53 557 Arbeitslose gezählt, gegen 53 848 in der Vormonats- und 45 200 Mitte Juni 1926.

Großbritannien: Von den ungefähr 12 Millionen gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende Mai 8,8 Proz. arbeitslos

gegen 9,4 Proz. im Vormonat und 14,3 Proz. Ende Mai 1926. Die Gesamtzahl der in Großbritannien und Nord-Irland eingetragenen Arbeitslosen war Ende Mai ungefähr 1 015 000 gegen 1 075 000 im Vormonat und 1 675 000 Ende Mai 1926.

Holland: Nach den Angaben der subventionierten Arbeitslosenfassen mit 296 188 Mitgliedern waren Ende April 20 993 oder 7,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 8,1 Proz. im Vormonat und 5,4 Proz. Ende April 1926. Die Gesamtzahl der bei den 40 bedeutendsten Arbeitsnachweisen des Landes eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 49 356 Männer und 7278 Frauen.

Italien: Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende März 227 947, die der teilweise Arbeitslosen 61 599. Im Vormonat waren die entsprechenden Zahlen 259 509 resp. 53 113, Ende März 1926 109 471 resp. 8333.

Freistaat Irland: Von 246 134 Versicherten waren Ende April 25 939 oder 10,5 Proz. arbeitslos gegen 11 Proz. im Vormonat und 13 Proz. Ende April 1926.

Kanada: Nach Angaben von Gewerkschaften mit ungefähr 150 000 Mitgliedern waren Ende April 6 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 5,7 Proz. im Vormonat und 7,3 Proz. Ende April 1926.

Oesterreich: Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in ganz Oesterreich war Ende Mai 158 332 gegen 151 175 im Vormonat und 154 821 Ende Mai 1926. Außerdem gibt es noch ungefähr 27 000 eingetragene Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen.

Polen: Ende April wurden im ganzen Lande 195 363 Arbeitslose gezählt gegen 208 267 im Vormonat und 308 720 Ende April 1926.

Rußland: Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug am 1. Mai 1 428 000 gegen 1 455 000 am 1. April und 1 070 900 am 1. Mai 1926. Zurzeit erhalten ungefähr 600 000 dieser Arbeitslosen Unterstützung.

Schweiz: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 11 220 gegen 13 568 im Vormonat und 11 320 Ende April 1926. Nach den Angaben der Arbeitslosenfassen mit insgesamt 227 000 Mitgliedern waren 2,8 Proz. der Mitglieder gänzlich und 3 Proz. teilweise arbeitslos.

Schweden: Von 258 333 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende April 31 882 oder 12,3 Proz. arbeitslos gegen 14,1 Proz. im Vormonat und 12,3 Proz. Ende April 1926. Bei

einer neulich im ganzen Lande vorgenommenen Arbeitslosenzählung wurden insgesamt 60 000 Arbeitslose gezählt.

Tschechoslowakei: Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende April 60 260; davon wurden 22 400 unterstützt. Ende April 1926 waren 66 098 Arbeitslose vorhanden.

Vereinigte Staaten: Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 10 537 Unternehmern in 54 Industrien umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Personen im April etwas abgenommen und betrug 3 071 884 gegen 3 091 873 im März. Die Indexzahl des Beschäftigungsgrades (1923 = 100) war im April 1927 90,6 gegen 91,4 im März und 92,8 im April 1926.

Landwirtschaft und ausländische Arbeiter.

Ueber den Mangel an ausländischen Arbeitern wird wieder einmal in der Presse des Reichslandbundes geflagt. Wieder marschieren dabei das Gespenst der Erstenisierung der Landwirtschaft auf. Was von dieser Gespensterlehre zu halten ist, geht aus den Ermittlungen der Finanzbehörden hervor, die für die letzten Jahre eine ständige Steigerung des Zuckerrübenanbaues ermittelten. Nach diesen Ermittlungen betrug der Zuckerrübenanbau im Bezirk Ostpreußen 1923: 3936 Hektar, 1927: 5050. Für Brandenburg lauten die entsprechenden Zahlen 1925 und 22 702 Hektar, für Pommern 20 885 und 25 336, für Schlesien 69 506 und 80 651, für Sachsen und Anhalt 116 533 und 133 973, für Hannover 52 223 und 58 001, Rheinland 11 512 und 18 900, Mecklenburg 15 105 und 19 335, Süddeutschland 13 649 und 22 615, Thüringen 8852 und 9035, Weistaten 4190 und 5102 Hektar, zusammen 1923: 335 642 und 1927: 401 298 Hektar.

Demgegenüber betrug die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter (Arbeiter mit Legitimationskarte, Befreiungsschein, Grenzläuferkarte) 1923: 118 622, 1924: 109 937, 1925: 142 694, 1926: 135 265 und 1927: 100 000. Die Anbaufläche des Zuckerrübenbaues hat also stark zugenommen, trotzdem mit einer erheblich geringeren Zahl ausländischer Wanderarbeiter zu rechnen ist.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater

Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8 Uhr:
Madame Butterfly

Theat. u. Kallenderpl.
Kurfürst 2091
Täglich 8 1/2 Uhr
Der stürmische
Lachertolg
Der Fußballkönig

Metropol-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
Glück in der Liebe

Lustspielhaus

8 1/2 Uhr:
„Der Apfel“
Morgen 7 1/2 Uhr:
Premiere
Die Frau von 40 Jahren

Walhalla-Theat.

Ab Sonnabend
täglich 8 1/2 Uhr:
Der fröhliche Weinberg

WINTERGARTEN
Antoni und Beby
die Originalen!
und die
11 Jull-Novitäten 11
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Eine Hochzeit in der Mülkerstr.
16. 7.—31. 7. Gastspiel der
berühmten Dresdener
Viktoria-Sänger
Dönhoff-Brettli
Varieté, Konzert, Tanz

CREPE-SOHLN

NICHT KAPUTTZUKRIEGEN



billig,
weil sie länger halten als das
Schuhezeug

chick,
weil jede Art Schuhezeug mit Crepe-
Sohlen eigenartig und flott wirkt

gesund,
weil die Crepe-Sohlen wasserdicht
und warm sind

angenehm,
weil sie einen elastischen Gang
ohne Ermüdung bewirken und,
weil der Fuß keine Unebenheiten
und Steinchen durch die Sohle fühlt

praktisch,
weil die Sohlen mit Leichtigkeit
unter jede Art Schuhezeug zu kloben
sind und

modern,
weil jeder fortschrittlich veranlagte
Mensch die Crepe-Sohlen trägt
und sie nie wieder missen möchte

Durch Crepe-Sohlen zu Höchstleistungen im Sport
Seid sparsam und klug, verlangt nur die echten
auf der Plantage selbst fertig hergestellten
ORIGINAL-CREPE-SOHLN
RUBBER GROWERS ASSOCIATION, 3, BALDWIN LANE LONDON E.C.3.

Rose-Theater

Gartenbühne
8 1/2 Uhr: Konzert
und Bunter Teil
8 Uhr:
Die lustige Witwe
8 1/2 Uhr:
Vater werden ist nicht schwer

Wettannahme des Union-Klubs

Berlin NW 7, Schadowstraße 8, part.
Volle Totalisatorquote ohne Abzug
Wettbestimmungen
auf Wunsch kostenlos. — Postaufträge und Anträge
auf kostenlose Einrichtung von Konten nur an die
Zentrale Schadowstraße 8.
Tel.-Adr.: Wettannahme Berlin Schadowstraße 8.

Stadlaternen

mit Stock, Dtz. 60
75 Pfg. Packeln
Dtz. 60 Pfg. Lampions Dtz. 75 Pfg. an, echte
Japanlaternen v. 60 Pfg. an, Papiermützen
Dtz. von 20 Pfg. an, Girlanden Dtz. von
50 Pfg. an, Wachsfackeln, 1 Stunde br., 33 Pfg.
Magnesium-Packeln, 60 cm lang, 60 Pfg.
Benzolfeuer Pfd. 60 Pfg. u. 1 Mk. Ver-
lösungsartikel für Kinder, Dtz. 60 Pfg. an,
A. Maas & Co., G.m.b.H., Markgrafstr. 84,
an der Lindenstraße. Kommissionsware bei teilw. Festkauf

Salmberg-Essen
Dir. Künstler-Th.
8 1/2 Uhr:
**Bitte, wer war
sünder da?**

Lessing-Theater
8 1/2 Uhr:
Eugen Köpfer mit
seinem Ensemble
Abgemacht — Ya!

Nach langen, in Geduld ertragenem
Reiben, verchied Witwisch früh 5 Uhr
meins liebe Frau, unsere bergma-
gute Mutter

Wilhelmine Bew
geb. Jahn.
Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen **W. Bew** nebst Kindern.
Die Einbühnung findet am 9. Juli,
namt. 1 1/2 Uhr, im Krematorium
Gedächtnisstr. part.

Th. Königerstr. St.
Hasenheide 2110
8 Uhr:
Die Schule v. Dornach

Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr:
Weiße Fracht

Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr
**Wenn der junge
Wein blüht**

Theater am Koith. Tor
Koth. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger

Neues
Programm
Wesperschman-
gus u. Müllers?
Nur
Gros-Berlin
Alexanderplatz.

Allen Verwandten und Bekannten
die heiltraurige Nachricht, daß meine
liebe Frau

Hedwig Zehms
geb. Henke
durch Hirnblutungsgang ihren vor-
zeitigen Tod erlitten hat.
Sie war mir im Leben eine liebe,
besene und treue Lebensgefährtin.
In tiefster Trauer:
Otto Zehms.
Bernigrode, den 7. Juli 1927.
Die Leiche wird zur Einbühnung
nach Berlin übergeführt. Zeit der Ein-
bühnung wird nach bekanntzugeben



Im Altenburgischen
wo originelle Trachten und alte Sitte zu Hause sind, wird
besonders viel mit **Sunlicht Seife** gewaschen.
Eine Dame aus Altenburg schreibt:
„Ich bin immer so stolz auf meine schneeweiße, duftende Bett-
wäsche, sie ist stets von jenem frischen Geruch vollkommener
Reinheit erfüllt, weil ich sie nur mit Sunlicht Seife wasche.“
Auch Sie sollten nur Sunlicht Seife verwenden.

Sunlicht Seife

5 1/2 Doppelstück 40 Pf.
Großer Würfel 35 Pf.

Arbeiterkassenvereine „Paradies“ zu Berlin

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Hilfsk. am 31. März 1927.

Bermögen.		
4	Geld-Rente 1-6	127 224,31
	Wb. d. r.	1 090,-
8	Grund und Boden hinzu	120 184,81
		13 000,-
56	Rente für Wd. Wd.	2 541,70
86	Insentat	52,40
	Wb. d. r.	51,40
191	Wd. Wd. Forderungen	1,-
193	Geld-Rente 7	2 615,-
	Wb. d. r.	55 735,00
211	Grund- u. Boden-Rente	34 615,15
218	Rente-Rente	2 786,45
226	Ausgleichs-Rente	20 025,47
	Eingänge	488,-
	Wb. d. r.	2 200,-
244	Teilnahme bei der „Gedag“	17 897,47
248	Spezial-Rente	2 000,-
254	Bauspar-Rente	2 910,-
258	Bau-Rente I	177 933,18
262	Bau-Rente II	637 743,96
276	Bau-Rente III	450 942,19
		1 275 560,35
		1 642 821,41

Das Vermögen betrug am 31. März 1927 55 306,- 492
Es vermehrte sich um 15 555,-
Die Hilfsumme betrug am 31. März 1927 229 500,-
Es verminderte sich um 9 900,-
Der Mitgliederbestand betrug am 31. März 1927: 761 Ge-
nossen mit 765 Anteilen. Es sind ausgeschieden:
durch Kündigung 23
durch Tod 3
durch Übertragung 8
durch Ausschluss 2
insgesamt 119
Eingetretene sind im Laufe des Geschäftsjahres 77 Genossen.
Der Vorstand:
Georg Dörner, Paul Schlichte, Gustav Pfeiffer.
Der Aufsichtsrat:
Franz Beyersdorff, Wilhelm Linder.
Die Revisionskommission:
E. Mersch, Fritz Zimmermann, Heinrich Welt.

Volksbühne
Theater am Blümlplatz
Täglich 8 Uhr:
Zu ebener Erde
und erster Stock

Die Komödie
Bismarck 2414/7916
8 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr
**Der keusche
Lebemann**
Sommerpr. 3.—10 M.

Deutsches Theater
Norden 10334—37
U. Ende 10 1/2 U.
Der Hexer

Theater des Westens
Nur noch 3 Tage
8 1/2 Uhr:
**Heinrich Heines
erste Liebe**

Am 5. Juli 1927 ist
Dr. Martin Mohr
Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungskunde
und beauftragter Dozent in der Philosophischen Fakultät
der Universität Berlin, im Alter von 60 Jahren einem
Herzschlag erlegen.

Wir vereinigen uns an der Bahre des um die deutsche
Presse und besonders die wissenschaftliche Zeitungs-
kunde hoch verdienten Mannes. Er kannte nur Arbeit
und Pflicht. Unserem wissenschaftlichen Berater und
liebenswürdigen Vorgesetzten werden wir immer ein
ehrendes Andenken bewahren.

**Die wissenschaftlichen Mitarbeiter u. Angestellten
des Deutschen Instituts für Zeitungskunde.**
Berlin NW. 7, den 7. Juli 1927.

Königliche Oper
8 1/2 Uhr:
**Berlins einzigste Revue:
Streng verboten!!!**

Die Revue der verlobten Liebenden!
Ueber 200 Mitwirk. / 8 Balletts.
Vorverkauf s. f. Theaterkasse ab 10 Uhr sonntags

Unterem Schilingschiller
Erich Tschirsdwiltz
zu seinem 40jährigen Geburtstag
die besten Glückwünsche.
Die Jubilare
der 17. Abteilung (S.P.D.).

Dankagung.
Allen Verehrern, Freunden und Genossen,
die während der langen Krankheit, beim
Abgehen und bei der Einbühnung meiner
lieben Frau, ununterbrochen und
so herzlich Anteilnahme bewiesen und
herliche Blumensträuße sandten, sowie für
die zahlreiche Beteiligung bei der gütigen
Einbühnung unserer tiefgeliebten Frau,
Berlin, Gartenstr. 7, Juli 1927,
Erich Tschirsdwiltz.
W. Feinert u. Familie.